Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2,— G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 26 589

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 29 — Freitag, den 3. Februar 1933 — 115. Jahrgang

Der Reichskanzler vor dem Reichsrat

Reden über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern

In der Vollsitzung des Reichsrates am Donnerstagnachmittag stellte sich der neue Reichskanzler Hitler den Vertretern der Länder vor. Der Andrang von Publikum und Presse zu dieser Reichsratssitzung war sehr stark. Reichskanzler Hitler erschien in Begleitung des Reichsinnenministers Dr. Frick und begrüßte zunächst die einzelnen Bevollmächtigten des Reichsrates durch Handschlag. Die nationalsozialistischen Minister Sauckel-Thüringen und Klagges-Braunschweig nahmen selbst an der Reichsratssitzung teil.

Der Reichskanzler

übernahm dann den Vorsitz mit einer Ansprache, in der er den Reichsrat namens der Reichsregierung begrüßte. Wir haben die Regierung übernommen, so erklärte der Kanzler, in der vielleicht schwersten Zeit der deutschen Geschichte. Es gehört ein sehr großer Glaube dazu, in einer solchen Stunde nicht zu verzweifeln, sondern im Gegenteil mit Vertrauen und Hoffnung in die Zukunft zu blicken.

Drei Gründe

sind es, die uns dabei bewegen:

1. Vertrauen wir auf die Kraft und den Fleiß des deutschen Volkes. Wir vertrauen

2. auf die Fähigkeiten und die Genialität dieses Volkes, die immer wieder in der Geschichte Wege gefunden hat zur Lebensbehauptung.

3. Sehen wir trotz aller Krisen und Katastrophen unverändert vor uns die deutsche Erde, den deutschen Boden.

Und wenn es früheren Generationen möglich war, aus diesen drei Kraftquellen durch wechselvolle Schicksale hindurch am Ende dieses große Reich zu gestalten, das wir einst erlebt hatten, dann muß es, das ist die Ueberzeugung der neuen Regierung, auch uns möglich sein, aus denselben Wurzeln dieselbe Größe wieder zu ziehen und auch wie einst wieder zu gestalten. Damit aber möchten wir nicht nur aufbauen auf diesen ewigen Fundamenten unseres völkischen Daseins, sondern selbstverständlich auch aufbauen auf all' dem, was sich im Laufe dieser neuen Geschichte an Werken und Tradition gebildet hat. Wir möchten diese Werke und Traditionen nicht allein sehen auf dem Gebiet unserer Kultur oder Wirtschaft, sondern selbstverständlich auch auf dem Gebiet unseres staatlichen Lebens. Wir wollen

nicht darüber hinweggehen, was eine vielhundertjährige deutsche Geschichte an Bausteinen für dieses Reich geschaffen hat.

Im Gegenteil, wir wollen nicht etwa in den Fehler verfallen, zu reglementieren und zu zentralisieren, was man reglementieren und zentralisieren kann, sondern wir wollen uns

immer vor Augen halten, daß einheitlich das gemacht werden muß, was unbedingt erforderlich ist.

Wir möchten gern dabei auf die Mithilfe der Länder rechnen, wir möchten nicht nur ideell, sondern auch tatsächlich unterstützt werden, wie auch wir entschlossen sind, alles zu tun, um diese historischen Bausteine des Deutschen Reiches lebensfähig zu erhalten. Es wird das umso eher gelingen, jemehr Reich und Länder in der großen Erkenntnis der zwingenden Not unserer Zeit zusammenstehen. Ich bin selbst aus dem Süden, gehöre als Staatsbürger einem norddeutschen Staat an,

fühle mich aber als Deutscher und lebe in der deutschen Geschichte.

Ich will nicht über die großen und historischen Taten und Leistungen dieser Geschichte blind hinweggehen, sondern im Gegenteil alles das respektieren, was frühere Generationen auch in der geschichtlichen Bildung unseres Staates vollbracht haben in der Hoffnung, daß dann umsomehr spätere Generationen auch das respektieren werden, was wir selbst zu leisten gedenken. Der Reichskanzler bat zum Schluß den Reichsrat um eine Zusammenarbeit in dem Sinne, den die Not der heutigen Zeit uns allen auferlege.

Namens des Reichsrates erwiderte

der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor Dr. Brecht,

dem Reichskanzler. Er führte u. a. aus:

Der Saal, in dem wir uns befinden, ist der Saal des alten Deutschen Bundesrates. Immer noch, wie zu Bismarcks Zeiten, sitzen in ähnlicher Ordnung die Länder im Reichsrat; rechts vom Reichskanzler Preußen, links Bayern, anschließend die übrigen Länder. In diesem Raum ist in hohem Maße die Tradition — und zwar eine besondere

deutsche Tradition

— zu Hause. Das gilt auch für den Geist der Verhandlungen. Der Reichsrat soll der Anker im deutschen Uhrwerk sein. Motor, Feder und Unruhe zu sein, ist nicht seine Aufgabe. Er soll ein Hort strenger Sachlichkeit sein. Er soll das Gewissen in unruhigen und leidenschaftlichen Zeiten sein. Kein Hemmschuh für energischen Fortschritt, aber ein Hemmschuh für Ausbrüche der Leidenschaft und des überhitzten Kampfes. Eine Stütze für alle sachliche Arbeit, besonders aber eine Stütze für die Reichsregierung in solcher Arbeit.

Im Reichsrat sammeln sich die Erfahrungen und Stimmungen der deutschen Länder und deutschen Landschaften. Wir bitten Sie, Herr Reichskanzler, sich des hohen Wertes dieser Einrichtung bewußt zu sein und sich ihrer so zu bedienen, wie es dem Reichsrat nach der Verfassung und seinen Aufgaben zukommt.

Nach der Verfassung ist der Reichsrat nicht nur zur Mitwirkung an der Gesetzgebung, sondern nach ausdrücklicher Bestimmung der Reichsverfassung auch zur

Mitwirkung bei der Verwaltung des Reiches

berufen. Der Reichsrat ist von den Reichsministerien über die Führung der Reichsgeschäfte auf dem laufenden zu halten. Seine Ausschüsse sollen zu Beratungen der Reichsministerien über wichtige Gegenstände zugezogen werden.

Die Arbeit des Reichsrates ist durch einen besonderen Umstand zurzeit fühlbar beeinträchtigt, durch

das Vorgehen des Reiches in Preußen

ist nicht nur das Verhältnis des Reiches zu Preußen, sondern auch zu den anderen Ländern in Mitleidenschaft gezogen. Der Reichsrat hat den Wunsch, daß diese unnormale Lage so schnell wie möglich verfassungsmäßig bereinigt wird. Sie haben, Herr Reichskanzler, den schweren Schritt vom Führer einer in starker Opposition gewachsenen Bewegung zum verantwortlichen Leiter der deutschen Politik getan. Das ist, wir fühlen es alle, auch für Sie persönlich ein überaus ernster Entschluß. Denn er bedeutet, daß Sie die schwere Pflicht übernommen und durch Ihren feierlichen Eid bekräftigt haben, Ihre Kraft für das Wohl des ganzen Volkes einzusetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren, die Ihnen danach obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, und Ihre Geschäfte „unparteiisch und gerecht gegen jedermann" zu führen. In diesen schweren Aufgaben wird Ihnen der ganze Reichsrat stets eine starke und verständnisvolle Stütze sein.

Die Reichsregierung findet auf vielen Gebieten überaus schwere Aufgaben vor, insbesondere

die Beseitigung der großen Arbeitslosigkeit,

die ja nicht nur in Deutschland herrscht, und die gerade die Amtszeit unseres verehrten Herrn Reichspräsidenten so überaus schwierig gestaltet hat. Wir wollen in dieser Stunde nicht untersuchen, warum die Maßnahmen der letzten fünf Jahre noch keinen entscheidenden Erfolg gehabt haben. Darin ist der Reichsrat mit der Reichsregierung einig, daß er es mit ihr als geboten ansieht, daß diese Frage, mit der viele andere Fragen zusammenhängen, in den Vordergrund der Entschlüsse gestellt wird; und der Reichsrat legt gerade hier auf positive Mitwirkung besonderen Wert. Er bittet die Reichsregierung, dabei nicht das Trennende, sondern das Einigende zu betonen.

Namens des Reichsrates bitte ich Sie, Herr Reichskanzler, in diesem Sinne um möglichst enge Zusammenarbeit, wie Sie es uns zugesagt haben, um enge Zusammenarbeit mit den Ländern im Reichsrat zum Wohle des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes. Zugleich spreche ich Ihnen im Auftrage des Reichsrates den Dank aus, daß Sie so schnell persönlich Gelegenheit genommen haben, sich dem Reichsrat vorzustellen.

Der Reichskanzler verneigte sich reichte Ministerialdirektor Dr. Brecht die Hand und verließ den Saal.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers **Dr. Frick** wurde dann eine Verordnung über Aenderungen der

Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs

ohne Widerspruch angenommen. Danach fällt einmal die bisherige Unterscheidung der Führerscheinklassen 3a und 3b in Zukunft fort; zweitens wird eine neue Klasse für Kleinstwagen mit Verbrennungsmaschinen bis zu 400 cbm geschaffen, die Klasse 4 genannt wird. Die Anforderungen, die an die Erlangung des Führerscheines der Klasse 4 und an die Ausbildungserlaubnis des Fahrlehrers zu stellen sind, ebenso wie die Gebührenberechnung für behördliche Maßnahmen sollen nach den für Krafträder geltenden Bestimmungen beurteilt werden.

Der Vertreter Preußens, Ministerialdirektor **Dr. Brecht**, richtete am Schluß der Sitzung an die Reichsregierung die Bitte, den programmatischen Aufruf der Reichsregierung den Reichsratsausschüssen zuzuleiten. Reichsinnenminister **Dr. Frick** erklärte, er werde das Weitere veranlassen.



Oberst von Bredow,

Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, der während der Kanzlerzeit von Schleichers das Ministerium stellvertretend leitete, trat von seinem Posten zurück.

Der Karfreitag allgemein staatlicher Feiertag?

Eine dem Vatikan nahestehende Agentur berichtet, es seien Bestrebungen im Gange, den Karfreitag allgemein als staatlichen Feiertag unter Einhaltung vollkommener Sonntagsruhe zu begehen. Man will damit den Sinn des Erlöser-Jubeljahres, der dem bevorstehenden Heiligen Jahr zugrundeliegt, mit besonderer Deutlichkeit zum Ausdruck bringen.

Die Reichstagswahl

Der Aufruf der Reichsregierung

Von zuständiger Stelle wird betont, daß es sich bei dem Aufruf vom 1. Februar nicht um ein Regierungsprogramm handelt, in dem die Pläne und Absichten der Reichsregierung im einzelnen dargelegt werden, sondern nur um einen Appell der Reichsregierung an das deutsche Volk aus Anlaß der Auflösung des Reichstages.

Aenderung des Reichswahlgesetzes

Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist das Reichswahlgesetz in einigen Punkten geändert worden. Auslanddeutsche, die sich am Wahltage im Inlande aufhalten, können an der Wahl teilnehmen, indem sie einen Stimmschein ausgestellt erhalten. Das Gleiche gilt für die deutschen diplomatischen und konsularischen Beamten und ihre Hausstandsangehörigen, ferner die Besatzung von See- und Binnenschiffen, die für keinen festen Landwohnsitz polizeilich gemeldet sind. Damit wird Reichsdeutschen, denen man billigerweise die Ausübung des Wahlrechtes nicht vorenthalten kann, die Möglichkeit zur Beteiligung an der Wahl eröffnet.

Weiterhin sind neue Bestimmungen über die Einreichung der Kreiswahlvorschläge getroffen. Kleine, völlig unbedeutende Wählergruppen, die vielfach über keinerlei örtliche Organisation verfügten, hatten, teilweise unter offenbarem Mißbrauch des Wahlgesetzes, die Aufnahme ihrer Wahlvorschläge in den amtlichen Stimmzettel erreicht.

Wählergruppen, die keinen Abgeordneten in den letzten Reichstag entsandt hatten, müssen nunmehr für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge soviel Unterschriften aufbringen, als Stimmen zur Erlangung eines Sitzes im Wahlkreisverband erforderlich sind, also 60 000. Ist diese Bedingung erfüllt, so genügen für jeden anderen Kreiswahlvorschlag dieser Partei 50 Unterschriften, wenn es sich um durch Verbindung im Verbande oder Anschluß an einen Reichswahlvorschlag innerlich zusammenhängende Kreiswahlvorschläge handelt.

Auslegung der Stimmlisten

Der Reichsminister des Innern hat angeordnet, daß die Stimmlisten und Stimmkarteien vom 19 bis 26. Februar auszulegen sind. Die Landesregierungen sind durch Rundtelegramm ersucht worden, sofort alle Vorbereitungen zu treffen und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen.

Wahlbündnis der Regierungsparteien?

Unter der Ueberschrift „Wahlkameradschaft, aber nicht Einheitsliste" schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung":

Im Anschluß an die Vorbereitung des Aufrufs der Reichsregierung zu dem Wahlkampf, der über die künftige Arbeit des Kabinetts entscheiden soll, haben zwischen den Regierungsgruppen auch Erörterungen über die Möglichkeit einer gemeinsamen Führung des Wahlkampfes stattgefunden. Es besteht zweifellos der Wunsch, nachdem sich die Gruppen, die sich früher zeitweise scharf befehdet haben, in der Regierung des nationalen Zusammenschlusses zusammenfanden, auch den bevorstehenden Wahlkampf in einem anderen Geiste als bisher zu führen.

Dem werden wohl gewisse Abmachungen über das Verhalten der in der Regierungsfront vereinten Parteien dienen. Daß diese Abmachungen etwa in der Aufstellung gemeinsamer Wahllisten gipfeln könnten, wird von unterrichteter Seite bezweifelt. Ueber die Einzelheiten der Wahlabmachungen werden in den nächsten Tagen noch weitere Verhandlungen stattfinden.

Der Briefwechsel

zwischen dem Reichskanzler und dem Vorsitzenden des Zentrums

Der Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei, Prof. Dr. Kaas, und Reichskanzler Hitler über die bekannten Fragen des Zentrums wird jetzt vom Zentrum im Wortlaut veröffentlicht.

Prof. Dr. Kaas hatte die Fragen des Zentrums dem Reichskanzler mit einem Begleitschreiben übersandt.

Auf dieses vom 31. Januar datierte Schreiben hat **Reichskanzler Hitler** unter dem Datum des 1. Februar wie folgt geantwortet:

„Sehr verehrter Herr Prälat! Mit großem Interesse habe ich gestern Ihren Brief zur Kenntnis genommen. Der Zweck der Unterhaltung war, zu klären, ob und unter welcher Voraussetzung das Zentrum bereit sein würde der neuen Regierung der nationalen Konzentration eine für die Dauer eines Jahres zu bemessende Frist zur Arbeit ohne die Wechselfälle parlamentarischer Behinderung zu gewähren. Ich hielt dies für notwendig, da ich in dieser Regierung die einzige und letzte Möglichkeit sehe, auf verfassungsmäßigem Wege der Gefahr des Verkommens von Volk und Reich vorzubeugen. Ich glaube, Sie, Herr Prälat, richtig verstanden zu haben, wenn ich aus dieser Unterhaltung den Schluß zog, daß das Zentrum augenblicklich in der derzeit gegebenen Zusammensetzung des Reichskabinetts keine genügend große Basis mehr für eine direkte eigene Beteiligung an der Regierung zu sehen vermeint. Das Zentrum würde aber unter allen Umständen bereit sein, eine der parlamentarisch üblichen Tolerierungen zu erwägen. Ich habe Sie, Herr Prälat, nun gebeten, in Ihrem engsten für die Politik des Zentrums verantwortlichen Führerkreis vielleicht gütigst feststellen zu wollen, ob überhaupt grundsätzlich mit einer Geneigtheit zu rechnen sei, der neuen Regierung etwa in der Form einer einjährigen Vertagung des Reichstages die bei der derzeitigen Arbeitsunfähigkeit dieses Instrumentes notwendige Freiheit zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu geben. Denn Tolerierungen von heute auf morgen zwingen Regierungen zu einer ähnlich bemessenen Politik. In Ihrem Brief stellen Sie, Herr Prälat, nun in präzisester Form eine so große Anzahl von Fragen, daß deren eingehende Beantwortung überhaupt nur dann einen Sinn haben könnte, wenn die grundsätzliche Bedingung, ob mit einer solchen einjährigen Frist einer ruhigen Arbeit der Reichsregierung gerechnet werden kann, vorher klargestellt scheint. Dies ist aber unterblieben. Ich entnehme daraus, daß eine bindende Zusicherung für diese oder eine ähnliche Sicherstellung der verfassungsmäßig heute allein möglichen Voraussetzung für eine gedeihliche Arbeit von seiten des Zentrums nicht gegeben werden kann. Damit aber erübrigt sich für den Augenblick jede Diskussion über die von Ihnen, Herr Prälat, angeführten Punkte. Der Zweck meines Versuches würde dadurch höchstens in das Gegenteil verwandelt. Denn eine Diskussion der angeführten Punkte ohne das von mir erbetene Ergebnis würde im Ausgange zu einer ebenso unfruchtbaren wie mir unerwünschten Verbitterung führen. Denn ich wage auch heute noch immer zu hoffen, daß, wenn nicht schon jetzt, dann in einer vielleicht nicht zu fernen Zeit eine Verbreiterung unserer Front zur Beseitigung der drohenden innerpolitischen Gefahren in unserem Volke stattfinden könnte.

Da ich mithin zu meinem Leidwesen aus Ihrem Brief eine Klärung der von mir als Voraussetzung angesehenen Frage einer Garantiefrist für die Arbeit der neuen Regierung nicht entnehmen kann, die Zeit aber drängt und ich alle Möglichkeiten vor Gott und meinem Gewissen erschöpfen will, der neuen Regierung ihre Arbeit zur Rettung der Nation auf dem Boden der Verfassung zu ermöglichen, sehe ich mich gezwungen, dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen, einen letzten Appell an das deutsche Volk selbst zu richten.

Mit der Hoffnung und der Bitte, daß die mit Ihrem Parteifreunde Dr. Brüning und zu Ihnen selbst, Herr Prälat, angeknüpften persönlichen Beziehungen dadurch nicht abgebrochen werden, bin ich

Ihr ergebener

gez. Adolf Hitler."

Prälat Dr. Kaas hat auf das Schreiben des Reichskanzlers in folgender Weise geantwortet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Auf das gefällige Schreiben vom gestrigen Abend beehre ich mich, Ihnen folgende Feststellungen zukommen zu lassen:

Wie sich aus dem amtlichen, mit Herrn Reichsminister Dr. Frick vereinbarten Kommuniqué ergibt, habe ich namens der Deutschen Zentrumspartei als Voraussetzung für eine Stellungnahme zur Frage der Tolerierung eine Reihe von fachlichen Fragen gestellt, deren Beantwortung durch Sie, Herr Reichskanzler, vorenthalten blieb. Die Fixierung dieser Fragen habe ich, Ihrem Wunsche Rechnung tragend, mit besonderer Beschleunigung fertiggestellt und sie Ihnen mit einigen Ergänzungen unter genauer Einhaltung des mit Ihnen vereinbarten Termins am Nachmittag desselben Tages 5 Uhr zukommen lassen, damit Ihre Beantwortung ohne weiteren Zeitverlust erfolgen könne, und wir in die Lage versetzt wurden, die Frage der Tolerierung in dieser oder jener Form wenigstens in summarischer Erkenntnis des beabsichtigten Regierungskurses zu entscheiden. Eine Vorwegnahme dieser Entscheidung vor wenigstens summarischer Beantwortung dieser Fragen ist von mir in keiner Weise zugesagt worden. Sie konnte nach Lage der Sache auch nicht in Frage kommen. In den Vorverhandlungen, die zur Bildung des neuen Kabinetts führten, ist die Zentrumspartei ebenso wie die Bayerische Volkspartei durch den Vertrauensmann des Herrn Reichspräsidenten bewußt ausgeschaltet worden, trotzdem der Auftrag des Herrn Reichspräsidenten in erster Linie auf die Feststellung der etwa vorhandenen Mehrheitsmöglichkeiten lautete.

Die Deutsche Zentrumspartei war also ohne Kenntnis der sachlichen Abmachungen, auf Grund deren die jetzige Regierung zu arbeiten gedenke. Tolerieren kann man verantwortlicherweise nur, was man wenigstens in den wesentlichsten Grundzügen kennt. Unsere sachlichen Fragen sollten diese Klärung bringen. Wenn ihre Beantwortung auch nur im wesentlichen den Anforderungen entsprochen hätte, die unser Gewissen zur Sicherung gegen verfassungswidrige, wirtschaftsschädigende, sozialreaktionäre und währungsgefährdende Experimente zu stellen befahl, würde die Zentrumspartei in Uebereinstimmung mit ihren staatspolitischen Grundsätzen und ihrer in Münster proklamierten Haltung, im Bewußtsein der Schwere der Stunde, in uneigennütziger Sachlichkeit bereit gewesen sein, der Regierung die Arbeit zu ermöglichen. Auf Grund freundschaftlicher Fühlungnahme mit der Bayerischen Volkspartei war sie gewiß, daß deren Haltung durchaus von gleichen Erwägungen bestimmt war. Daß man die im Zuge begriffenen Verhandlungen plötzlich abbrach, daß man nach so vielen unnütz vertanen Wochen nicht mehr die Geduld aufbrachte, die ein- oder zweimal 24 Stunden zu warten, innerhalb deren die Beantwortung der Fragen und damit die notwendige Klärung durchaus möglich gewesen wäre, ist tief bedauerlich und von anderen zu verantworten, aber nicht von uns. Nachdem so ohne jede Mitverantwortung unsererseits aus Gründen, die ich, Herr Reichskanzler, offen gestanden, nicht zu begreifen vermag, der von mir seit langem mit innerster Ueberzeugung vertretene Sammlungsgedanke der aufbauwilligen Kräfte wiederum gescheitert ist, kann ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß der bevorstehende, durch den Abbruch der Verhandlungen regierungsseitig herbeigeführte Wahlkampf so geführt werde, daß der Wille zur Sammlung, in dem ich nach wie vor die einzige Rettungsmöglichkeit für Volk und Staat sehe, nicht zerstört wird.

Angesichts der Tatsache, daß die amtliche Verlautbarung über die Auflösung des Reichstages sich auf die unrichtige Behauptung stützt, daß eine Mehrheitsbildung sich als unmöglich erwiesen habe, glaube ich mich verpflichtet, dem Herrn Reichspräsidenten Abschrift dieses Schreibens vorlegen zu lassen.

Indem ich Sie, sehr verehrter Herr Reichskanzler, loyalerweise von dieser meiner Absicht in Kenntnis setze, bin ich mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochschätzung Ihr ergebener

gez. Kaas, Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei."

*

Gleichzeitig hat **Prälat Dr. Kaas an den Reichspräsidenten von Hindenburg** folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Reichspräsident! In der Auflösungsverordnung des gestrigen Tages wird als Grund für die vollzogene Auflösung angegeben, daß sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt habe. Die Deutsche Zentrumspartei nimmt Veranlassung, gegen diese, den tatsächlichen Vorgängen nicht entsprechende Begründung Einspruch einzulegen, da die mit ihr begonnenen Besprechungen seitens der Regierung sachlich nicht weitergeführt worden sind und ohne stichhaltigen Grund vor Herbeiführung einer wirklichen Klärung abgebrochen wurden.

In der Anlage beehre ich mich, Abschrift eines Schreibens an den Herrn Reichskanzler ergebenst beizufügen, aus dem Sie, Herr Reichspräsident, die nähere Begründung dieses unseres Einspruches entnehmen wollen.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochschätzung ergebenst

gez. Kaas, Vorsitzender der Deutschen Zentrumspartei."



Dr. Josef Goebbels,

der Führer der Berliner Nationalsozialisten, wird als künftiger Rundfunk-Kommissar im Reichsinnenministerium genannt.

Deutschlands Luftfahrt

Eine programmatische Rede des Reichsministers Goering

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Aeroklubs von Deutschland fand in der Kroll-Oper in Berlin ein Jubiläumsfest statt, das seinen Höhepunkt in einer Ansprache des **Reichsministers Göring** erreichte.

Einleitend gab der Minister seiner Freude Ausdruck, daß er sich den alten Kameraden als Reichskommissar für den Luftverkehr vorstellen könne. Er wies nachdrücklichst darauf hin, daß fälschlich in der Presse das neue Amt als „Reichskommissariat für Luftverkehr" bezeichnet wurde. Minister Göring stellte ausdrücklich fest, daß das Amt die gesamte deutsche Luftfahrt umfasse und somit als

Reichskommissariat für Luftfahrt

angesehen werden müsse. Besonderen Dank sprach er darauf seinem Vorgänger, dem Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium Brandenburg, aus, der mit unermüdlichem Fleiß und zähem Ringen den Aufbau der deutschen Luftfahrt organisiert und durchgeführt habe und ihr auch in Genf auf dem gefährlichen Parkett der internationalen Verhandlungen Geltung verschafft habe. Er begrüßte es besonders, daß Ministerialdirektor Brandenburg seine wertvollen Kräfte weiter der deutschen Luftfahrt zur Verfügung gestellt habe.

Das neue Kabinett habe einmütig und eindeutig in seiner ersten Sitzung den Willen zum Ausdruck gebracht

der deutschen Luftfahrt den erweiterten finanziellen Rahmen

zu geben, der ihrer Bedeutung für die Sicherheit des Volkes zukommt, und habe sich bereiterklärt, ein eigenes Hoheitsgebiet für Luftfahrt zu schaffen.

Minister Göring gab dann in großen Zügen seine Ziele bekannt, die er sich als Kommissar für Luftfahrt gesteckt habe. Es gelte, im Innern des Landes das Bestehende kraftvoll auszubauen und die Zerrissenheit des Volkes zu geschlossener Arbeit zu vereinen und im Ausland die

Fesseln abzustreifen,

die der deutschen Fliegerei anhafteten. Er betrachte es als vornehmste Aufgabe in seinem neuen Amt, im Gedenken an die zahlreichen toten Kameraden eine für Deutschlands Ehre und Freiheit würdige Fliegerei zu schaffen.

Ueber allem stehe die Sicherheit der deutschen Nation.

Minister Göring gab dem Wunsche Ausdruck, daß der Friede der Welt gedeihen möge. Aber er müsse dabei feststellen, daß die anderen Nationen das, was sie von Deutschland verlangt haben, die Abrüstung, bisher nicht, wie versprochen, getan haben. Man müsse die Forderung aufstellen, daß die anderen Mächte genau so selbst abrüsten. Aber es gehe nicht um die Frage, aufzurüsten oder abzurüsten, sondern es gehe um die Sicherheit der deutschen Nation, die über allem stehen müsse.

Wir können, sagte der Minister, solange

die Gleichberechtigung in der Luftfahrt

nicht erreicht ist, die wertvollen technischen Forschungsarbeiten und alles, was deutscher Erfindergeist geschaffen hat, nicht der Welt zur Verfügung stellen. Erst wenn die anderen Länder so, wie z. B. Italien, Deutschlands Anspruch auf Gleichberechtigung anerkannt haben, können ihnen deutsche Fabriken und Laboratorien geöffnet werden.

Als eine seiner vornehmsten Aufgaben bezeichnete der Minister die

Förderung des Flugsports

und damit die Zurückführung aller erprobten Piloten in die einige deutsche Luftfahrt. Die vornehmste Aufgabe sei es, sie dort einzusetzen, wo ihre Tätigkeit am Platze ist und wo sie sich schon einmal bewährt haben.

Am Schluß seiner Ausführungen betonte der Minister, daß die deutsche Luftfahrt eines der vornehmsten Güter des deutschen Volkes werden müsse.

Das große Arbeitsgebiet des Kabinetts

Die neue Regierung hat ein vielseitiges Arbeitsgebiet vorliegen, und dabei handelt es sich nicht nur um die alten Maßnahmen der Schleicher- und Papenregierung, sondern das Kabinett Hitler hat sich auch eine Reihe von neuen Arbeitsgebieten vorgenommen. Da wäre in erster Linie die Neugestaltung der Jugendpolitik zu erwähnen, die immerhin im neuen Kabinett eine sehr maßgebende Rolle spielen wird. Bekanntlich beabsichtigt man, die Jugendpolitik in engen Zusammenhang mit dem freiwilligen Arbeitsdienst zu bringen, und auch dieser soll eine sehr beachtliche Erweiterung erfahren, so daß auch dieses Problem seitens des Kabinetts starke Berücksichtigung finden wird. Die Richtlinien für die Durchführung der Jugendpolitik werden im Arbeitsministerium ausgearbeitet werden.

Dann wäre noch die Bekämpfung der KPD. zu erwähnen, ferner die Maßnahmen für die Landwirtschaft und schließlich die Umstellung der Kulturpolitik in Preußen. Direkt übernommen von der Regierung Hitler wird die Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsaktion und die Umstellung der Handelspolitik. Für die Handelspolitik werden neue Maßnahmen, und zwar aus dem eigenen Programm bestimmend sein. Es wird sich besonders auf dem Gebiete der Zollpolitik eine Fülle von Schwierigkeiten ergeben und das erklärt sich schon daraus, da Freiherr von Neurath als Außenminister nicht sehr von seinem früheren Vorhaben abweichen dürfte.

Eines der schwierigsten Probleme, das die neue Regierung vorfindet, ist die Sanierung der Invaliden- und Knappschaftsversicherung. Beide Versicherungen weisen ein sehr erhebliches Defizit auf und bekanntlich mußten diese große Reichszuschüsse beanspruchen. In gut unterrichteten Kreisen vertritt man die Ansicht, daß man bereits schon im Frühjahr d. J. die Vermögensverwertung bei der Invalidenversicherung als recht verwickelt ansehen muß, denn man mußte schon seit geraumer Zeit aus der Substanz der Versicherung schöpfen, um einigermaßen den Verpflichtungen nachzukommen. Die Invalidenversicherung wird daher bei der Aufstellung des neuen Reichsetats eine sehr wesentliche Rolle spielen. Ein weiter zu lösendes Problem ist die Reform der Arbeitslosenbetreuung, die schon unter der Regierung Schleicher in Angriff genommen worden ist. Dr. Popitz und Dr. Syrup waren vom früheren Kabinett mit der Prüfung der Reformarbeiten betraut worden. Zurzeit kann noch nicht übersehen werden, welche Richtlinien zur Durchführung dieser Reform praktisch angewandt werden, zumal feste Pläne für die Reformarbeiten der Arbeitslosenbetreuung bei der neuen Regierung noch nicht vorliegen. Ob man nun die radikalen Vorschläge für einen Umbau der deutschen Sozialversicherungen, die z. B. auch von dem Sozialpolitiker Dr. Hartz seinerzeit ausgearbeitet worden sind, verwirklicht, ist wohl kaum anzunehmen, denn diese würden ein völliges Ende des bisherigen Systems mit sich bringen.

Wie wird der Landtag aufgelöst?

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, rechnet man in preußischen parlamentarischen Kreisen damit, daß der nationalsozialistische Antrag auf Landtagsauflösung noch eine etwas andere Form erhalte. Statt der „sofortigen" erstrebten die hinter dem Auflösungsantrag stehenden Fraktionen eine zum 4. März befristet ausgesprochene Auflösung. Die Ursache ist in finanziellen Auseinandersetzungen mit der Reichsbahn wegen der Freifahrkarten zu suchen, die bei einer sofortigen Auflösung des Hauses dem preußischen Staat in die Zehntausende gehende Mehrkosten verursachen würden, da das preußische Recht den Abgeordneten die Freifahrkarte bis zur Neuwahl zugesteht, während das seinerzeit mit der Reichsbahn getroffene Uebereinkommen die Reichsbahn nur verpflichtet, im Rahmen der Pauschalgebühr die Freifahrkarte bis zum 8. Tage nach der Auflösung zur Verfügung zu stellen. Die Diätenzahlung für die Landtagsabgeordneten würden nach den bestehenden Bestimmungen auf jeden Fall bis zum Ende des Monats laufen, in dem die Auflösung erfolgt.

Eine Mehrheit für den nationalsozialistischen Auflösungsantrag muß noch immer als zweifelhaft bezeichnet werden zumal die Kommunisten ihre Entscheidung bisher nicht getroffen haben. Sollte der Landtag den Auflösungsantrag ablehnen, so ist damit zu rechnen, daß Präsident Kerrl das Dreimännerkollegium einberuft. Aber auch hier dürften, wie gestern schon berichtet, weder Ministerpräsident Braun, noch Staatspräsident Adenauer für die Auflösung eintreten, so daß nur der von maßgebender politischer Seite bestätigte Ausweg übrig bleibt, den Landtag im Verordnungswege aufzulösen. Wie man hört, soll es sich dabei nicht um eine Verordnung des Reichspräsidenten handeln. Der Weg, den man auf diesem Gebiete einschlagen will, wird noch streng vertraulich behandelt. Staatsratspräsident Adenauer ist in Berlin eingetroffen im Zusammenhang mit einer Vorstandstagung des Deutschen Städtetages.

Aemter-Umbesetzungen

Der bisherige Leiter der Pressestelle der preußischen Staatsregierung, **Dr. von Carlowitz,** ist aus seiner Stellung ausgeschieden. Ein Nachfolger ist noch nicht ernannt.

*

Der Reichspräsident hat den Oberregierungsrat Dr. **Heide** zum Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt (vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung) ernannt.

*

Zu Gerüchten, daß der Berliner Polizeipräsident **Dr. Melcher** durch den Führer der Berliner SA., **Grafen Helldorf,** ersetzt werden soll, wird von zuständiger Stelle noch eine Stellungnahme abgelehnt. Dabei wird darauf hingewiesen, daß eine solche Entscheidung nur in einer Gesamtsitzung der kommissarischen preußischen Regierung getroffen werden könnte; eine solche Sitzung hat aber bisher noch nicht stattfinden können. Wie wir weiter hören, soll Graf Helldorf bereits im Berliner Polizeipräsidium tätig sein.

Nr. 29 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Freitag, den 3. Februar 1933

Aus der Stadt

)!(**St. Hildegardis-Lyzeum auch Grippe-Ferien.** Am gestrigen Tage war die Zahl der grippekranken Schülerinnen des St. Hildegard-Lyzeums so gestiegen, daß eine Schließung der Schule notwendig wurde. Der Unterricht beginnt wieder am Montag, dem 6. Februar.

(!) **Auch der Kindergarten ein Opfer der Grippe.** Wegen der Grippe muß auf ärztlichen Rat der evangelische Kindergarten im Sonnenkamp bis Dienstag nächster Woche einschließlich geschlossen werden. Auch die Jungschar im Wiese-Gemeindehaus muß am Freitag ausfallen.

?:? **Die Auszahlung der Renten** erfolgt für: Sozialrentner am Montag, den 6. Februar 1933, von 15—16 Uhr,
Kleinrentner, am Montag, den 6. Februar 1933, von 16—16,30 Uhr,
Zusatzrentner am Montag, den 13. Februar 1933, von 15—16,30 Uhr.

:?: **Der bunte Abend** in der „Lichtburg", mit der Märchen-Aufführung einer heimischen Dichterin, veranstaltet vom Kolonial-Frauenbund zum Besten der Winterhilfe findet nicht, wie im Veranstaltungskalender angezeigt, am 14. Februar, sondern **am Donnerstag, den 16. Februar, 20,15 Uhr** in der „Lichtburg" statt. Wir kommen noch darauf zurück.

(!) **Tanzabend Heide Woog.** Als 5. Vorstellung des **Bühnenvolksbundes** wird Heide Woog am **9. Februar** in der „Lichtburg" das neue Progarmm ihrer Kammertanzgruppe erstmalig in Soest zeigen. Sie gastierte damit u. a. vor kurzem mit besonders großem Erfolg in Holland und ist für den März mit ihrer Gruppe nach Berlin verpflichtet. Der Abend verspricht ein außerordentlich reichhaltiger zu werden, da er in vier größeren Zyklen die ganze Gegensätzlichkeit von Heide Woogs Tanzkunst bringt: von der Dramatik der „Tanz-Sonate" und der „Tänze des armen Lebens", über die Stille und Geläutertheit der „Lieder der Seele" zu den „Tanzlaunen", die aus Seligkeit des Tanzendürfens und Tanzenkönnens geboren sind.

)!(**Wovon man in Soest spricht!** Sonntag (5. 2. 1933), abends 8,15 Uhr Operetten-Abend des Soester Turnvereins von 1862 im großen Schützenhofsaale. **„Wenn der Himmel voller Geigen"**, Operette in 3 Aufzügen, 40 Mitwirkende, (Orchester der Musikvereinigung Röttenhofe mit 25 Personen), Chöre, Tänze usw. Karten im Vorverkauf sind noch zu haben: Zigarrengeschäft Koch am Markt und Herlizius, Jakobistraße, sowie Friseur Kneer, am Petrikirchplatz und Möbus, Jakobistraße.

:-: **Hotel-Kaffee „Zum Krahnen".** Auf die heute abend stattfindende 1. Kappensitzung wird hingewiesen. Für beste Stimmung und Unterhaltung sorgt die Kapelle Amelung.

★

„Das Blaue vom Himmel"

betitelt sich die große Paul Abraham-Tonfilmoperette. Sie hören Martha Eggerths reizende Koloraturstimme und Hermann Thimig ist ihr idealer Partner. Die Komik von Ernst Verebes, Jacob Tiedtke, Fritz Kampers und dem kleinen Hans Richter hilft mit zum Erfolg. Es gibt originelle Einfälle und Scherze, die publikumswirksam sind. Es ist ein Tonfilm, über den sich viele freuen werden, für unsere Zeit ein „Sorgenbrecher". Der zweite Tonfilm: **„Das Lied der schwarzen Berge"**, zeigt die große, vielgestaltige Schönheit des jugoslawischen Landes. Frohes Badeleben an der sonnenüberfluteten Adria, stolze Berge mit pittoresken Felsen, reißende Gebirgswasser, und dazu die Zeichen des nahen Oriente: Schlanke Minaretts. Zu dem landschaftlich Schönen kommt in dem Film das Sensationelle: Bei dem Versuch, einen reißenden Fluß mit Kajaks zu befahren, verunglücken die Sportsleute. Zwei werden in eine unterirdische Höhle gespült, sie sehen erst nach Einsatz eines Flugzeuges und eines Pionierstrupps, nach Sprengung des Gesteins, die Sonne wieder. So bildet sich aus Gegebenem und Gestaltetem ein wirklich spannender Film. Josip Slavenski, ein Belgrader Professor, komponierte zu diesem Film die Musik. Die Schauspieler Ernst Dumke, Carl de Vogt, Frank Günther usw. sind nicht nur gute Darsteller, sondern auch gute Sportsleute. Die „Ufa-Tonwoche", die sich bei dem Publikum so großer Beliebtheit erfreut, wird zwischen beiden Filmen gezeigt, sie bringt aktuelle Bildreportagen aus aller Welt. Beachten Sie bitte im Interesse aller Besucher die Programm-Anfangszeiten!

Wenn Ihre Betten
nachgefüllt werden müssen, wenn die Inletts erneuert, die Federn gereinigt, die Steppdecken neu überzogen werden müssen, dann bedienen wir Sie **gut und preiswert.**
Wir holen Ihre Bettsachen ab und stellen dieselben am gleichen Tage wieder zu.
Wäsche- und Bettenhaus
Behle / Soest
Walburgerstraße 22 Fernruf 543.

Notstands-Kundgebung des Wirte-Vereins Soest.

Der Wirteverein hielt am 1. Februar seine Hauptversammlung ab, in der in mehreren Referaten zu der großen Notlage des Gewerbes Stellung genommen wurde. Wir werden die in der Versammlung gemachten Ausführungen in den nächsten Ausgaben veröffentlichen. Das erste Referat, das gehalten wurde lassen wir der gefaßten Resolution, die nachstehend veröffentlicht ist, folgen:

Resolution.

„Die in Soest versammelten Gastwirte von Soest und Umgegend erheben unter nochmaliger Bezugnahme auf die Denkschrift des Provinzial-Wirte-Verbandes Westfalen vom 8. Dezember 1931 u. die Denkschrift desselben Verbandes vom 21. Oktober 1932 an die Reichs- und Staatsregierung schärfsten Protest gegen die Nichtentlösung der auf Grund dieser Denkschrift abgegebenen schriftlichen und mündlichen Versprechungen hoher und höchster Regierungsstellen. Sie fordern

sofortige Aufhebung der gesamten Sonderbesteuerung

des Gastwirtegewerbes, aber auch daneben **eine allgemeine steuerliche Entlastung** auf Grund der von der Reichsregierung in Aussicht gestellten „Mittelstandspolitik auf breitester Grundlage."

Die Erklärung des westfälischen Industriegebietes zum Notstandsgebiet

muß sofort erfolgen, da es nicht nur ein Notstandsgebiet im Osten und bei der Landwirtschaft, sondern auch ein Notstandsgebiet im Westen, im Herzen Deutschlands, im Industriegebiet gibt."

„Das durch Notverordnung geschaffene Hypotheken-Moratorium ist mit Rücksicht auf die Sonderbehandlung der mit Bierlieferungsverträgen verbundenen Darlehen durchaus ungenügend u. muß, was die gastwirtsgewerblichen Aufwertungshypotheken anbetrifft, zum mindesten auf diese ausgedehnt werden."

„Die sofortige **Aufhebung aller kommunalen Steuern auf Getränke** ist eine der dringendsten Aufgaben des Finanzministers."

„Unbedingt wird Ausdehnung des Pächterschutzes unter weitgehendstem Einfluß der zuständigen Berufs-Organisationen und sofortige gesetzliche Senkung der Zinssätze der privaten Geldgeber und Kreditinstitute gefordert."

„Nur wenn unverzüglich diese kurz zusammengefaßten notwendigsten Wünsche und Forderungen des Gewerbes erfüllt werden, nur wenn sofort der immer wieder geforderte Schutz der Reichs- und Staatsregierung für das westfälische Gastwirtsgewerbe eingesetzt wird, ist die Existenzvernichtung unzähliger westfälischer Wirte und damit eine unnötige Kapitalverschleuderung und unsägliches Unglück in zahlreichen Familien zu vermeiden."

Die Notlage des westfälischen Gastwirtsgewerbes und seine Forderungen an Regierung und Verwaltung.

Nach der wirtschaftlichen Scheinblüte der Jahre 1928 und 1929 kam der Niedergang der deutschen Wirtschaft. An sich wäre diese Verschlechterung der Wirtschaftslage wohl zu ertragen gewesen, aber die Vorgänge in der Weltwirtschaft griffen auf Deutschland über. Es setzte mit dem Jahre 1930 eine Weltwirtschaftskrise ein, wie sie die Völker der Welt bisher noch nicht erlebt haben. Da das Wirtegewerbe wohl das konjunkturempfindlichste Gewerbe ist und nicht mit Unrecht als das Barometer der Wirtschaft bezeichnet wird, wirken sich die Störungen der nationalen wie der internationalen Wirtschaft am schwersten und nachhaltigsten im Wirtegewerbe aus. Die vom Wirtegewerbe angebotenen Waren und Leistungen sind nur bei wenigen Bevölkerungsschichten, wie Junggesellen, Geschäftsreisenden usw. unentbehrliche Mittel des täglichen Bedarfs; für die Mehrzahl der Volksgenossen sind Waren des Wirtegewerbes aber entbehrliche Genußmittel, mit deren Einschränkung in erster Linie gespart wird, wenn die Zeiten schlechter werden.

In erster Linie ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft und die Verflechtung mit der Weltwirtschaftskrise die Ursache der Wirtschaftsnot im Gastwirtsgewerbe.

Dazu kam für das deutsche Wirtschaftsgewerbe noch eine

Ueberschätzung des Wirtegewerbes in Bezug auf seine steuerliche Leistungsfähigkeit und eine Unterschätzung seiner volkswirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung.

Die überspannte Steuerschraube in Deutschland, an der Reich, Länder und Gemeinden ohne gegenseitige Rücksichtnahme drehen, arbeitete ohne jede wirtschaftliche Einsicht. Die Parteien-Wirtschaft in Deutschland fand in einer rein politischen Steuergesetzgebung ihren Ausdruck. Wirtschaftliche Notwendigkeiten wurden nicht beachtet. In der öffentlichen Meinung galt das Wirtegewerbe als leistungsfähig, und man glaubte, daß dieser Stand, der damals durch Ausbau und Verbesserung sowie Verschönerung der Gaststätten bereits sehr geschwächt war, jede neue Steuer tragen könne. Es kamen eine ganze Reihe von Sonder- und Erdrosselungssteuern für das Gastwirtsgewerbe. Den Reigen eröffnete Juni 1930 die Erhöhung der Reichsbiersteuer. Dann kam die allgemeine Einführung der Gemeindebiersteuer, die noch im gleichen Jahre auf 5,— bezw. 10,— Mark pro Hektoliter erhöht wurde. Auch die Gemeinde-Getränkesteuer wurde eingeführt. Gerade infolge dieser Steuern sank der Umsatz in den einzelnen Gaststätten bis zu 65 Prozent.

Mindereinnahmen konnten die Steuerlast nicht mehr tragen. Sofern ein Wirt noch etwas Vermögen besaß, mußte er zur Deckung der Steuerschulden dieses heranziehen. War das Kapital aufgezehrt, wurde die Substanz selbst angegriffen.



Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Hovestadt, 1. Februar. Die Grippe hat auch in der Gemeinde ihren Einzug gehalten. Sämtliche Schulen sind vorläufig geschlossen bis Montag, den 6. 2

Lippstadt, 2. Februar. **Ein frecher Raubüberfall** wurde am vergangenen Samstag, vormittags 10 Uhr auf der Spielplatzstraße versucht. Eine ältere Dame von hier hatte einen größeren Geldbetrag von der Gewerbe-Bank abgeholt und befand sich damit auf dem Rückwege zu ihrer Wohnung. Auf der menschenleeren Spielplatzstraße versuchte plötzlich ein etwa 25 bis 28 Jahre alter Mann, der Dame die das Geld bergende Handtasche, die sie unter dem Arm trug, mit Gewalt zu entreißen. Der Geistesgegenwart der Ueberfallenen ist es zu verdanken, daß der freche Täter seine Absicht nicht ausführen konnte. Dieser verschwand eiligst, konnte aber infolge der genauen Beschreibung alsbald durch die Polizei festgenommen werden. Es handelt sich um einen von auswärts stammenden Burschen, der inzwischen erkrankt ist und ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Staatsanwaltschaft erklärte Mint-Automaten für Glücksspiel-Apparate!

Der Dortmunder Polizeipräsident verbietet die Aufstellung sämtlicher Automaten des Mint-Systems.

Dortmund, 1. Februar. Gegen Ende des vorigen Jahres wurden die in Dortmund aufgestellten ungebauten Mint-Apparate mit Mußbremse auf Anordnung des Dortmunder Polizeipräsidenten zunächst von der Kriminalpolizei einer Kontrolle unterzogen. Nachdem festgestellt worden war, daß an diesen Apparaten die Bremsen einwandfrei funktionierten, wurde die Aufstellung der geprüften Apparate geduldet.

Eine eingehende Kontrolle aller aufgestellten Apparate des Mint-Systems hat jedoch inzwischen ergeben, daß an den meisten Apparaten die Bremsen mangelhaft waren oder sogar völlig versagten. Die Bremsen sind an diesen Apparaten die spielwichtigsten Teile. Sie geben, wenn sie gar nicht oder nicht genügend funktionieren, dem Apparat ohne weiteres den Charakter des Glücksspiels. Es ist auch vielfach beobachtet worden, daß die Spieler, namentlich Jugendliche, die Geschicklichkeit durch Nichtbemußung der Bremsen selbst ausschalten, wodurch das Spiel zu einem reinen Glücksspiel wird.

Unter diesen Umständen werden alle Mint-Automaten (sogenannte Warenautomaten, auch mit Voranzeige und Geldspielautomaten) auf Veranlassung der Dortmund. Staatsanwaltschaft als **Glücksspielapparate erklärt.**

Gegen die Aufsteller und Wirte, in deren Lokalen nach dem 15. Februar 1933 noch Apparate stehen, wird Anzeige auf Grund der Paragraphen 284 und 285 des Reichsstrafgesetzbuches vorgelegt. Außerdem wird die Sicherstellung oder Beschlagnahme der Apparate erfolgen.

Die Arbeitsbereitschaft des Roten Kreuzes

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, von Winterfeldt-Menkin, veröffentlicht in dem Januarheft der „Blätter des Deutschen Roten Kreuzes" folgende programmatische Erklärungen über die Arbeitsbereitschaft des Deutschen Roten Kreuzes in diesem Jahre:

Der Gefahrenherd, den die Weltkrise geschaffen hat, die Erregung der Gemüter in dieser vorwärtsdrängenden geistigen Wende, in der wir unverkennbar stehen, macht es dem Roten Kreuz zur Pflicht, in allen Teilen seiner Organisation, die unmittelbar den ursprünglichen, ihm durch internationale Rotkreuzsatzung auferlegten Pflichtaufgaben dienen, die Bereitschaft nach Schulung, Material und Schlagfertigkeit zu erhöhen. Vom Reich muß erwartet werden, daß es nicht trotz, sondern wegen der gegenwärtigen Notstände im Rahmen des Möglichen hilft. Bei jedem Unfall auf den Straßen, in den Betrieben, jedem Eisenbahnunglück, jeder Katastrophe durch giftige Gase, Feuer, Explosion, jeder örtlichen Seuche, bei Hochwasser und Sturm unverzüglich und umfassende Hilfe zu leisten, müssen wir fähig sein. Dann sind wir auch vorbereitet für den Dienst an den Leidenden in der größten und letzten Gefahr.

Bei aller sachlichen Nothilfe — welche Verbände und Bünde dabei auch mitwirken mögen — soll jede parteipolitische Färbung ausscheiden.

Die freie Wohlfahrtspflege wird, wie in den vergangenen Jahren mehrfach, aus der Fülle ihrer Erfahrungen und Beobachtungen unter lebhafter Mitarbeit auch des Roten Kreuzes Vorschläge ausarbeiten und Forderungen aussprechen, wenn es sich um Lebensfragen des Volkes handelt, vor allem auf den Gebieten der Jugendfürsorge, der Wohnungspflege, der Maßnahmen zur Erhaltung der Familie. Schutz der Familie, vor deren Gefährdung durch wirtschaftliche Not niemand die Augen verschließen darf, Kampf um die Gesundheit, die intakt zu erhalten unerläßlich ist, auch das sind Gebote des Roten Kreuzes im neuen Jahre.

Netz- und Bezirkskarten.

Nach einer Mitteilung der Industrie- und Handelskammer zu Arnsberg hat sich der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in seiner Sitzung vom 25. Januar ds. Js. mit der Preisgestaltung der Netz- und Bezirkskarten befaßt und die Vorschläge der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft genehmigt. Danach werden ab 1. März ds. Js. für die Netz- und Bezirkskarten folgende Preise gelten:

1. Netzkarten:

Für 1 Netz in der 3. Klasse statt bisher 100,— Rm. 90,— Rm.,
Für 1 Netz in der 2. Klasse statt bisher 130,— Rm. 120,— Rm.,
für 2 Netze in der 3. Klasse statt bisher 160,— Rm 140,— Rm.,
für 2 Netze in der 2. Klasse statt bisher 208,— Rm. 185,— Rm.,
für 3 Netze in der 3. Klasse statt bisher 200,— Rm. 170,— Rm.,
für 3 Netze in der 2. Klasse statt bisher 260,— Rm. 225,— Rm.

Für jedes weitere anschließende Netz in der 3. Klasse 20,— Rm. statt bisher 40,— Rm., in der 2. Klasse 25,— Rm. statt bisher 52,— Rm.

2. Bezirkskarten.

Die bisherige Unterscheidung in große u. kleine Bezirke fällt weg. Es gibt daher in Zukunft nur noch eine Art von Bezirkskarten. Als Preise für diese Karten ist der Personenzugfahrpreis der bisherigen kleinen Bezirkskarte gewählt worden, und zwar 40,— Rm. in der 3. Klasse und 52,— Rm. in der 2. Klasse. Die Benutzung von Eilzügen ist für die Inhaber von Bezirkskarten freigegeben worden. Neu eingeführt werden Anschlußbezirkskarten, die in der 3. Klasse 15,— Rm. und in der 2. Klasse 20,— Rm. kosten.

Bezirksteilmonatskarten, für die ebenfalls die Unterscheidung in große und kleine Bezirke wegfällt, kosten künftig 16,— Rm. in der 3. Klasse und 21,— Rm. in der 2. Klasse.

Der unbekannte Bräutigam

In einem kleinen Städtchen am Plattensee mietete eines Tages eine junge Beamtin bei einer Witwe und deren Tochter ein möbliertes Zimmer. In echt fraulicher Redseligkeit verhehlte sie der Vermieterin nicht, daß sie sich nichts sehnlicher wünsche, als unter die Haube zu kommen.

Seltsamer Weise erhielt sie schon nach kurzer Zeit einen Brief, in dem ein Unbekannter namens Hans ihr seine Verehrung zwar schüchtern, aber doch unmißverständlich beteuerte, auf den die Adressatin natürlich postwendend antwortete. So entspann sich eine Korrespondenz, deren Sprache von Woche zu Woche leidenschaftlicher wurde. Die kleine Beamtin blühte unter diesem gewissermaßen anonymen Erlebnis wie eine Pfingstrose auf und sah sich bereits im Myrthenkranz vor dem Traualtar.

Schließlich aber genügten ihr die papierenen überschwenglichen Liebesbeteuerungen nicht mehr und sie begann resolut, sich mit den realen Verhältnissen ihres Hans, den sie aus einer seltsamen Scheu des Anbeters noch niemals zu Gesicht bekommen hatte, zu beschäftigen und bat um sachlich-nüchterne Angaben über Rang und Stand und war sonst die solide bürgerliche Grundlage jeder ehelichen Gemeinschaft zu bilden pflegt. Dabei stellte sich leider heraus, daß der Geliebte überhaupt nur eine Fiktion und dem Haupte der Vermieterin entsprungen war, die aus Furcht, die angenehme Mieterin zu verlieren, ihre Tochter zu dieser Scheinkorrespondenz veranlaßt hatte.

Die schmählich um ihre Hoffnungen Betrogene ließ es aber dabei nicht bewenden und erstattete Anzeige. Mutter und Tochter, die der Vorsehung recht ungeschickt ins Handwerk gepfuscht hatten, wurden denn auch zu einer empfindlichen Geldbuße verurteilt.

Tuch- u. Maßgeschäft
Bernh. Göbel,
Soest, Brüderstr. 40, Fernruf 278.
Anfertigung eleganter Herren-Garderobe nach **Maß.**
Lager feinster in- u. ausländischer Herren-Bekleidungsstoffe.

Wetter-Vorhersage

Bei abflauenden westlichen Winden zeitweise etwas Aufheiterung, sonst aber noch stark bewölkt mit einzelnen Regenschauern. Etwas Temperaturrückgang.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Auf Südwest drehende Winde, später aufkommender Regen.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt" (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller und für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.

Wir machen auf unsere

WEISSEN WOCHEN,

die größte Veranstaltung des ganzen Jahres für **WEISSE WAREN** aufmerksam.

Wir bringen gute Waren zu nie gekannt billigen Preisen, um allen Käuferschichten Gelegenheit zu geben, ihren notwendigen Bedarf zu decken. Sie werden restlos zufrieden sein.

Kaufhaus Rosenbaum, Soest

Morgen erhalten Sie unser vierseitiges Preisangebot durch die Post zugestellt.

Vorverkauf beginnt morgen: Sonnabend.

Lache Bajazzo

ROMAN von J. SCHNEIDER-FOERSTL

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU I. SA.

(18. Fortsetzung.)

Nach kurzem Ueberlegen lief er nochmals ins Haus zurück. Der junge Graf — Herr war ohne Mantel gewesen!

Als er wieder ins Freie trat, taumelte ihm eine Gestalt entgegen, faßte unsicher nach der Türklinke und hing dann schwer gegen die Eichentäfelung am Eingange.

„Herr Baron, Joachim!"

„Jaa — hast du — auf mich — gewartet? — Nimm die vielen — Stühle weg, Alter! — Diese — stehen mir — im Wege!"

„Herr Baron, Joachim —"

„Jaaa! — Was soll ich denn — mit deinem — Arm? — Ich — kann schon selber — meinen Weg finden!"

Oskar zitterte am ganzen Körper.

Der junge Herr betrunken!

Das erstemal!

Wenn das die gnädige Frau sah! — Vielleicht glückte es, ihn sofort in sein Zimmer zu bringen. „Ich habe das Bett schon zugerichtet, Herr Baron," bat er beschwichtigend und faßte Joachim von neuem unter, als er beängstigend schnell geradewegs auf den hohen Spiegel an der Schmalwand zuzog. „Der Herr Baron legen sich sofort zur Ruhe, und ich bringe heißen Kaffee und eine Pyramidontablette."

Ein unmotiviertes Auflachen folgte. „Ich brauche keine — Ta—bletten! Aber wenn die Mama — wenn die — Mama noch wach ist, — laß ich — bitten, — ich ha—be ihr was zu sagen!"

„Wenn der Herr Baron sich bis morgen gedulden möchten! — Die gnädige Frau hat sich schon zurückgezogen!"

„Schon zurück—gezogen! — Ich lasse — die Mama bitten, — Oskar. — Ich —"

Die Baronin kam ahnungslos den Korridor entlang, als ihr Sohn, von dem Bedienten gestützt, eben die letzte Treppenstufe heraufwankte. „Joachim!"

Für den Moment ein entsetztes Zurückweichen, dann legten sich ihre Hände mitleidig um sein gelbes Gesicht. „Was soll das sein, mein Bub! —"

Seine Lippen suchten unter halbgeschlossenen Lidern nach ihrem Munde. Ohne Widerstreben gewährte sie seinem Bedürfnisse nach Zärtlichkeit und streichelte seine heißen Wangen. „Wo bist du gewesen, mein Junge!"

„In der — Femina! —"

„Joachim! —" bat sie wehmütig vorwurfsvoll.

Die Frauen, Mutter! — Die — Frauen!" Er lachte schluchzend auf. Seine Hände umklammerten ihren Arm, daß ihr Gesicht sich in jähem Schmerz verzog. „Ich h—abe mein ganzes Geld verbraucht."

Ein dunkles brennendes Rot der Scham stürzte ihr bis an die Schläfen. „Komm, mein armer Bub! — Wir wollen schlafen gehen — Ich bleib bei dir, bis du ganz ruhig geworden bist. — Morgen ist alles wieder gut!"

„Wieder gut!" lallte er nach und ließ sich willenlos nach seinem Zimmer bringen.

Vor ihm kniend, löste ihm die Mutter die Bänder der Halbschuhe und streifte ihm die seidenen Socken ab. Er lehnte zur Hälfte übergeneigt gegen die Kissen, sah ihr flimmerndes Blondhaar und wurde plötzlich von einem heftigen Weinen geschüttelt.

„Ich heirate sie ja — Mama — ich heirate — sie ja! — Ich habe mich — ja schon mit — ihr verlobt!"

Auf zitternden Füßen hob sich die Baronin aus ihrer knienden Stellung hoch. „Mit wem hast du dich verlobt, mein Bub?"

„Mit — Maria Richthofen!"

„Joachim!"

„Jaa — —" Ein verlegenes Lächeln stand um seinen fahlen Mund. „Heute mittag, Mama!"

„Und abends warst du in der Femina!" mahnte sie mit einem verräterischen Schimmer in den Augen.

„Weil — weil —." Er warf, abbrechend, das Gesicht gegen ihre Schulter.

Wortlos hielt sie den Sohn an sich gedrückt. Ihre Hände strichen über seine Arme und sein feuchtes Haar bis er ganz ruhig wurde und, von ihr gestützt, in die Kissen zurückglitt.

Noch einmal hoben ihn ihre Hände hoch, als Oskar mit einer Tasse schwarzen Mokkas erschien. Joachim trank ihn, wenn auch mit Widerwillen, dem bittend befehlenden Blick der Mutter gehorchend.

Die Finger, wie einst in den Tagen sorglosester Jugend zwischen ihre kühlen, bebenden geschoben, schlief er nach wenigen Minuten ein.

Noch gegen zwei Uhr nachts aber stand eine Frau in der Villa Heitingen am offenen Fenster, beide Hände vor das Gesicht gedrückt, und weinte um ihr Kind, das ihr Maria Richthofens Liebe genommen hatte.

Hettingens schöne junge Braut stand vor dem großen dreiteiligen Ankleidespiegel ihres Zimmers. [illegible]

Beben in den feingeschwungenen Nasenflügeln, die Lippen halb geöffnet ein Flimmern und Zittern in den großen, märchenhaften Augen, betrachtete sie ihr Eigenbild. Aus dem tiefen Dekollete des Abendkleides schimmerten Nacken und Arme in mattweißem perlartigen Glanze. Ohne Puder und Schminke leuchtete ihre Haut in blütenhafter Süße durch das zarte Gewebe der Brüsseler Spitzen, die Nacken und Brust in keuschem Verhüllen umspannten.

Ein dunkler kreisförmiger Flecken hob sich in Achselhöhe von der zadellosen Färbung ihres Oberarmes ab. Ihre Lippen wölbten sich zu einer vollen Schale ungeschmälerten Gebens: „Joachim!"

Hier, an dieser Stelle hat sein Mund zum erstenmal geruht. Unfähig, jeden klaren Gedankens bar, beten sich ihm ihre Lippen, ohne daß er darum gebeten hätte. —

Ein jähes Rot glühte über ihre Wangen. Sie hatte ihm zu offensichtlich gezeigt, wie sehr sie ihn liebte. Aber sie konnte nicht anders. Würde nie anders können.

In drei Wochen war sie sein Weib! Ein Schauer jagte über ihren Körper. Im Moment verspürte sie beinahe Furcht vor ihm. Dann ein Aufschrei:

Im Spiegel sah sie ihn hinter sich stehen.

„Joachim!"

Ihre Arme fielen herab, während die seinen sich hoben und sich um ihren Körper legten. Sie eng an sich pressend, neigte er ihr Gesicht nach seiner Brust zurück. Aug in Aug standen sie, bis ihre Lider sich senkten.

„Ich verbrenne unter deinem Blick, Joachim!"

Er lächelte: „Kind, was tust du so erschrocken?"

Reglos hingen ihre Arme an dem erzitternden Körper herab, dann hoben sich ihre Hände langsam hoch und strichen seine Wangen entlang.

Als er ihre Lippen freigab, legte sie das glutfarbene Gesicht dicht an seine Schulter.

„Sieh mich an, Maria!"

„Ich kann nicht jetzt!"

„Liebst mich nicht?"

„Joachim!"

Sie mußte es überlaut geschrien haben, denn die Türe wurde hastig geöffnet, und Leopold Richthofen erschien auf der Schwelle. Erschrocken zog er einen Fuß zurück. „Na — aber so was! — Du mußt verzeihn, Mizzerl! Ich hab gmeint, du hast mich grufn! Ich hätt sonst anklopft!" Abbittend sah er in das erregte Gesicht des Freundes, dessen Augen an ihm vorbeiirrten.

„Ich wollte Maria nur in die Oper abholen. Du erlaubst doch, Leopold?"

(Fortsetzung folgt.)

Urteilen Sie selbst

Um jedem geistig Regsamen die Möglichkeit zu geben, ein eigenes Urteil über „Westermanns Monatshefte" zu fällen, sendet der Verlag gegen Einsendung von 30 Pfennig für Porto (auch Auslandsmarken) ein Probeheft mit über 100 Seiten Text, 60 bis 70 ein- und buntfarbigen Bildern, etwa 7 Kunstbeilagen und 1 Atlaskarte.

Von diesem günstigen Angebot sollten auch Sie sofort Gebrauch machen.

Bestellschein

An den
Verlag Georg Westermann, Braunschweig

Ich bestelle hiermit kostenlos u. unverbindlich eine Probenummer von Westermanns Monatsheften und bitte um umgehende Zusendung. 30 Pfennig für Porto füge ich bei.

Name und Stand

Genaue Adresse

Werbet überall suchet

Die

Weisse Woche

beginnt am Montag, dem 6. Februar
(Vorverkauf Sonnabend.)

Ich habe besonders vorteilhafte Angebote in Wäschestoffen u. fertiger Wäsche bereitgelegt.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Hermessen

Soest Jakobistraße 10

Ingenieurschule Lage Bauschule

Elektrotechnik, Maschinenb. Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik

Staatl. anerkannt v. Uppe

Architektur, Tiefbau, Eisenbeton-, Stahlbau, Tonindustrie

Lehrpläne durch das Sekretariat

Inserieren bringt Gewinn!

Auch für Sie

lohnt sich ein Besuch der

Lichtburg!

2 ausgewählte Tonfilme gewährleisten im neuen Spielplan ab heute bis einschließlich Dienstag beste Unterhaltung.

Das Blaue vom Himmel

zu holen ist zwar nicht möglich, aber die Tonfilm-Operette mit diesem Titel von Paul Abraham wird Ihren Beifall finden!

Martha Eggerth singt! — **Hermann Thimig, Ernst Verebes, Fritz Kampers** verbürgen sich für Humor und Komik!

Das Lied der schwarzen Berge

Montenegro ist der Schauplatz der spannenden Handlung. Herrliche Aufnahmen erfreuen das Auge. Für aktuelle Bildreportage: Ufa-Tonwoche.

Vorführungszeiten:
Freitags, Montags und Dienstags um 8,15 Uhr. — Samstags um 5,30 und 8,15 Uhr, Sonntags durchgehend von 2—11 Uhr.

Aus Westdeutschland

Vom Niederrhein

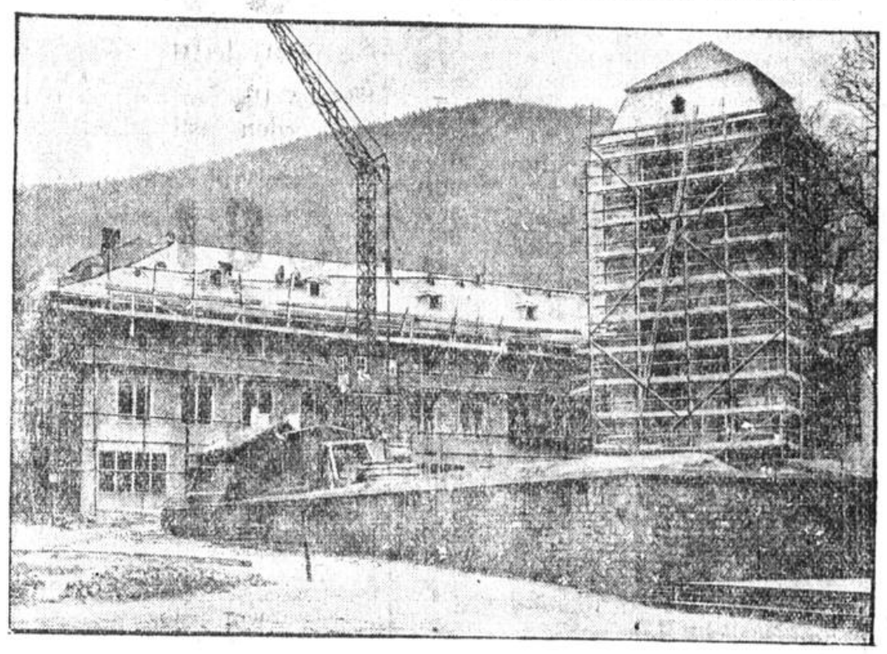
Düsseldorf. Ernste Finanzlage des Rheinischen Provinzialverbandes. Nach einem Bericht, den der Landeshauptmann in einer Sitzung des Rheinischen Provinzialausschusses über die finanzielle Lage des Verbandes erstattete, ist diese sehr ernst. Trotz Ausschöpfung aller vertretbaren Einsparungsmöglichkeiten ist ein Haushaltsausgleich sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahre nicht zu erzielen. Der Grund für die angespannte Finanzlage liege einmal in dem sich immer steigernden Ausfall bei den Reichssteuerüberweisungen und sodann in den ebenfalls stetig wachsenden Rückständen der Stadt- und Landkreise gegenüber dem Provinzialverband. Diese Rückstände haben die Summen von 13,5 Mill. RM. heute bereits überschritten. Bei den Reichssteuerüberweisungen ist beispielsweise gegenüber den Einnahmen 1930 mit einem Rückgang von 66 Prozent und bei der Reichskörperschaftssteuer von über 88 Prozent zu rechnen. Die Höhe dieser Ausfälle ist nicht zuletzt auf eine für die Provinzialverbände besonders ungünstige Bestimmung des preußischen Finanzausgleichsgesetzes zurückzuführen. Der Provinzialausschuß nahm von dem Bericht über die angespannte Finanzlage Kenntnis und billigte die Einsparmaßnahmen der Verwaltung. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat der Provinzialverband insgesamt Darlehen in Höhe von ungefähr 7 Mill. RM. aufgenommen. Auch an dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm wird sich der Verband vor allem auf dem Straßengebiete mit erheblichen Summen beteiligen. Der Provinzialausschuß genehmigte die Aufnahme weiterer Kredite in Höhe von 9 Mill. RM. aus dem Gerekeplan zur Erhaltung des Provinzialstraßennetzes und unter bestimmten Voraussetzungen die Aufnahme von 4 Mill. RM. zwecks Weiterleitung an die Landkreise für Straßenbauprojekte der Kreise. Ferner soll versucht werden für Instandsetzungs- und Umbauten und zu Baumaßnahmen zwecks Erhaltung des rheinischen Kunstdenkmalbestandes Mittel unter dem Arbeitsbeschaffungsprogramm bis zum Höchstbetrage von 3 Mill. RM. flüssig zu machen. An dem Arbeitsbeschaffungsprogramm auf landeskulturellem Gebiete will sich die Provinz zusammen mit dem preußischen Staat dadurch beteiligen, daß sie einen Teil des Kapitaldienstes für einen Kredit von 2,5 Mill. RM. übernimmt.

Aachen. Bau einer Wasserstraße für das Aachener Wirtschaftsgebiet gefordert. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages nahm am Mittwoch, bevor die Sitzung im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung über die Auflösung des Landtages abgebrochen wurde, noch einen Antrag der Zentrumsfraktion an, worin das Staatsministerium ersucht wird, bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung mit Nachdruck dafür einzutreten, daß in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bau einer Wasserstraße für das Aachener Wirtschaftsgebiet einbezogen wird. Als Uebergang soll dem Aachener Wirtschaftsgebiet eine weitere angemessene Ermäßigung der Frachtsätze gewährt werden.

Brachelen (Kr. Geilenkirchen). Brandstifter am Werk. Abends brach in der Scheune eines hiesigen Landwirts Feuer aus, das jedoch durch sofortiges Eingreifen der Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Es wird Brandstiftung angenommen, da man an verschiedenen Stellen mit Petroleum getränkte Lappen vorfand. Die Bevölkerung ist sehr beunruhigt, da bereits vor acht Tagen zwei Gehöfte eingeäschert wurden. Die Polizei fahndet eifrig nach den Tätern.

Büsbach. Falsche Zollbeamte beschlagnahmen Schmuggelgut. Der Trick, den falschen Zollbeamten zu mimen, dürfte ebenso alt sein, wie der Schmuggel an der Westgrenze überhaupt. Immer wieder fallen selbst die gewiegtesten Schmuggler auf diesen Schwindel herein. Durch die Anzeige betrogener Schmuggler, daß „Zollbeamte" ihnen in der Nähe von Büsbach eine Kraftwagenladung Lebensmittel beschlagnahmt hätten, ist diese Statistik um einen weiteren Fall bereichert worden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die Waren falschen Zollbeamten in die Hände gefallen sind. Die Polizei konnte aber auch nachweisen, daß es sich um Schmuggelgut gehandelt hat, so daß die Betrogenen auch noch ein gerichtliches Strafverfahren zu erwarten haben.

Vor der Vollendung des Neubaues der Heidelberger Universität



Der letzte Flügel des Kollegien-Gebäudes im Baugerüst
Rechts: **Der alte Hexenturm, der in die Gesamtanlage einbezogen wird.**
Der Neubau des Heidelberger Kollegien-Gebäudes geht nun seiner Vollendung entgegen. Bei der Gestaltung wurde auf das Stadtbild der alten Neckar-Stadt weitestgehend Rücksicht genommen.

Vom Mittel- und Oberrhein

Strafanträge im Raubmordprozeß Rubensohn

Am dritten Verhandlungstag im Kölner Raubmordprozeß Dr. Rubensohn ergriff, nachdem mittags die Beweisaufnahme geschlossen werden konnte, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Peters das Wort. Er führte aus, daß nach der Beweisaufnahme die Tat immer noch undurchdringlich erscheine, denn der objektive Tatbestand stehe in scharfem Gegensatz zu den Behauptungen und Verdunkelungen der Angeklagten. Er unterzog dann die Persönlichkeiten des Dramas einer kurzen Kritik, in der er den getöteten Arzt als einen Mann bezeichnete, der sich von Geiz und Habsucht allein habe leiten lassen. Anstatt ein Helfer der Menschen zu sein, wie es sein Beruf ihm vorschrieb, habe er seine Opfer nur ins Unglück gejagt. Aber auch auf der Gegenseite sehe es recht traurig aus, besonders bei den beiden Frauen, denen der Morphinismus jede sittliche Kraft geraubt habe. Die Frauen seien erblich belastet. Thomas stamme aus gesunder Familie. Sein Vater sei Förster gewesen. Der eigentliche Kriminelle sei Schoppmann, der sich bei der Tat selbst im Hintergrund gehalten habe. Er habe Schätzer geraten, zu Dr. Rubensohn zu gehen. Der Arzt habe zunächst das verlangte Morphium ausgehändigt. Dann seien die Liebesbeziehungen zwischen ihm und der Schätzer entstanden. Der Arzt habe wohl eine tiefere Neigung zu der Schätzer gehabt und ihr die Ehe angetragen. Die Schätzer habe diese Neigung nicht erwidern können. Das Verhältnis sei immer gespannter geworden. Thomas habe den schwelenden Funken durch sein Erscheinen zur lodernden Flamme entfacht. Thomas, Schoppmann und Lammerich seien des versuchten schweren Einbruchs überführt, die Schätzer und Frau Schröder der Anstiftung. Den schweren Raub hätten Thomas und die Schätzer ausgeführt. Frau Schröder sei die treibende Kraft gewesen und auch hierbei der Anstiftung schuldig. Beihilfe zum schweren Raub liege bei Schoppmann, Lammerich und Ommeln vor. Dem siebten Angeklagten, der einen Ring des Toten kaufte, sei Hehlerei nicht nachzuweisen. Gegen ihn befürwortete er daher einen Freispruch. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte er folgende Gesamtstrafen:

Gegen Thomas und die Schätzer je 10 Jahre 1 Monat Zuchthaus, gegen Schoppmann 3 Jahre 4 Monate Zuchthaus, gegen Lammerich 2 Jahre 8 Monate Zuchthaus, gegen Immeln 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus.

In der Erwiderung sprach Justizrat von Koellen für Thomas. Er behandelte zunächst noch einmal die Persönlichkeit des Toten, den er als Opfer seiner Opfer bezeichnete. Die Motive für Thomas seien Mitleid und Liebe zu der Schätzer gewesen. Selbstverständlich sei ein Menschenleben unantastbar. Er empfahl, ein Gnadengesuch zu unterstützen. In ähnlichem Sinne sprach sich der Verteidiger der Schätzer aus.

Köln. Tiefstand des Eiswinters 1929 überschritten. Die gewaltigen Eisversetzungen am Mittelrhein und seinen Nebenflüssen hatten in der vergangenen Woche ganz merkwürdige Schwankungen des Wasserspiegels zur Folge. Während der Pegel am 25. Januar in Köln einen Stand von 58 Zentimeter anzeigte, sank er am Tage darauf auf 41 Zentimeter ab, um am 27. und 28. Januar mit 34 Zentimeter einen Tiefstand zu erreichen, der selbst den des Eiswinters 1929 (39 Zentimeter) um einige Zentimeter unterschritt. Mit dem Eintritt der milderen Witterung und dem Fortschritt der Auflockerungsarbeiten an den Eisversetzungsstellen war auch ein Ansteigen der Pegelstände zu beobachten. Bereits am 31. Januar war ein Stand von 47 Zentimeter und am 1. Februar ein solcher von 51 Zentimeter erreicht, eine Fahrttiefe, die den Schiffahrtsverkehr außerordentlich behindert. In der letzten Januarwoche sind die Verkehrsziffern infolge der Eisverhältnisse ganz gewaltig zurückgegangen. Die bei Beginn der Eisbildung vorliegenden Schiffe sind noch alle abgefertigt worden, doch hat ein Teil seine Fahrt nicht mehr antreten können.

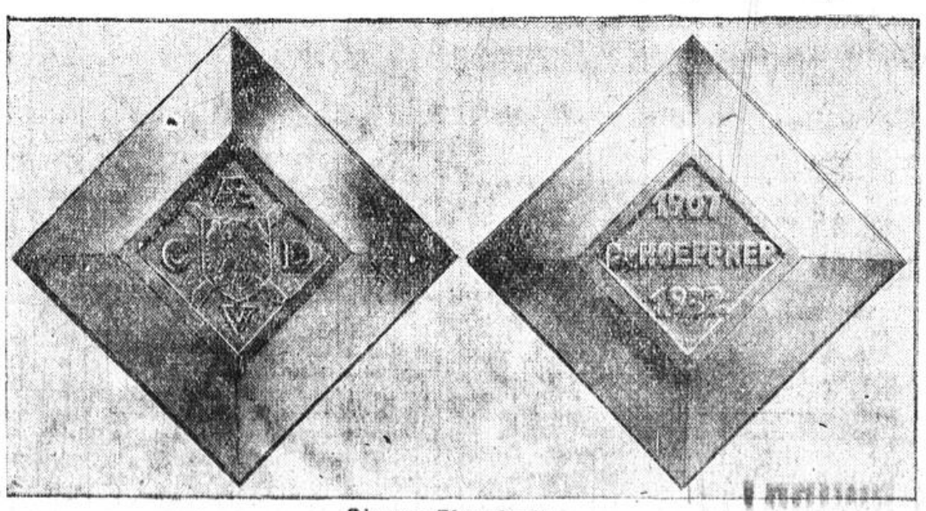
Köln. Die Grippe nimmt epidemische Form an. Die Grippeerkrankungen haben jetzt auch in Köln einen epidemischen Charakter angenommen. Glücklicherweise handelt es sich aber im allgemeinen nur um leichte Fälle, die einen günstigen Verlauf nehmen. An Grippe starben in den ersten drei Wochen des Januar neun Personen. Während im vorigen Jahr im gleichen Zeitraum keine Todesfälle durch Grippe zu verzeichnen waren, wurden im Januar 1931 insgesamt 36 und im gleichen Monat des Jahres 1930 insgesamt 16 Menschen von der Seuche hingerafft. Diese Zahlen der Todesfälle stehen aber in keinem Vergleich zur großen Grippeepidemie im Februar 1929, die ebenfalls schon im Januar einsetzte. Damals starben im Januar 54 und im Februar 431 Personen an Grippe.

Köln. Um das Schicksal der Fürsorgeerziehungen. In einer Besprechung über die neue Lage in der Fürsorgeerziehung nach Erlaß der Notverordnung behandelte Landesrat Hecker vor Vertretern von Vormundschaftsgerichten, Jugendämtern und privaten Jugendfürsorgestellen die Gründe für die vielfach beobachtete Abneigung der Eltern gegen eine Ueberweisung ihrer Kinder an die Fürsorgeerziehung. Diese Abneigung beruhe allein auf der Furcht, daß die Fürsorgeerziehung die Kinder mit noch schlechteren Elementen zusammenbringe. Eine Besserung dieses Rufes könne nur durch eine reinliche Scheidung zwischen der Erziehung gefährdeter und leicht verwahrloster Kinder einerseits und der Fürsorgeerziehung schwer verwahrloster, insbesondere krimineller Jugendlicher auf der anderen Seite erfolgen. In dieser Richtung der Reinigung der Fürsorgeerziehung habe die Notverordnung den ersten Schritt getan, indem sie die Fürsorgeerziehung grundsätzlich von der Erfolgsaussicht abhängig macht und die sogenannten unerziehbaren Elemente ausscheidet, ferner indem sie die Fürsorgeerziehung verfügt durch Herabsetzung des Ueberweisungs- und Entlassungsalters (19 Jahre) und die vorbeugende Fürsorgeerziehung für lediglich gefährdete, noch nicht selbst verwahrloste Kinder wiederherstellt.

Altenkirchen. 100%ige Kreissteuererhöhung in Altenkirchen. Die Auszahlung für Wohlfahrtslasten und das Ausbleiben von 160 000 RM. Reichssteuerüberweisungen haben den Landkreis Altenkirchen, der bisher noch immer die niedrigste Kreisumlage hatte, in arge Bedrängnis gebracht. Der voraussichtliche Fehlbetrag in Höhe von 400 000 RM. soll durch eine Erhöhung der Umlage von 26 auf 50 Prozent aufgeholt werden. Der Kreisausschuß hat bereits einen Beschluß gefaßt und wird ihn dem Kreistag am 24. Februar unterbreiten. Die Auswirkung auf die Gemeinde wird verhängnisvoll sein, da sowohl im landwirtschaftlichen Unterkreis als auch im Oberkreis des Siegtals, wo sämtliche Industrie stilliegt, kaum noch ein neuer Steuerdruck tragbar ist.

Mainz. Bedeutende Funde — Löwenschädel aus der Eiszeit. In den sogenannten Mosbacher Sanden, Ablagerungen von Mainz und Rhein aus der Altdiluvialzeit, die den Schichten von Mauer unweit Heidelbergs gleichaltrig sind, hat Professor Dr. Schmidtgen, Direktor des Naturhistorischen Museums der Stadt Mainz, Knochenwerkzeuge gefunden, die den ersten bescheidenen Einblick in die Lebensweise des homo heidelbergensis gestatten. Von besonderem Interesse sind u. a. ein dolchartiges Knochenwerkzeug aus dem Schienbein des großen Elefanten der Altdiluvialzeit, in ausgezeichneter Weise aus den starken Knochen mit scharfer Spitze herausgearbeitet, ein dolchartiges Knochenwerkzeug aus dem Laufknochen des Hinterbeins eines Nilpferdes mit deutlichen Spuren der Bearbeitung und Benutzung. Während sich das Alter der Fundschicht auf 600 bis 700 000 Jahre errechnet, läßt sich das Alter der Fundschicht eines Löwenschädels, der von einer Jagdstelle der Eiszeitjäger bei Wallertheim in Rheinhessen stammt, nach besonderen Umständen auf 116 bis 117 000 Jahre festlegen. Kaum eine andere Fundstelle ermöglicht eine so genaue Altersbestimmung. Die Funde sind im Naturhistorischen Museum der Stadt Mainz untergebracht.

Hindenburg, Eckener und Gronau erhielten die Ehrenplakette des Aero-Clubs



Die neue Ehrenplakette,
die anläßlich des 25jährigen Bestehens des Aero-Clubs von Deutschland von dem Bildhauer Helmuth Matthiä gestaltet wurde. Die Plakette trägt jeweils den Namen dessen, der mit der Plakette ausgezeichnet wurde. Unter den ersten, denen der Aero-Club das neue Ehrenzeichen überreichte, befinden sich der Reichspräsident von Hindenburg, Dr. Hugo Eckener und der Weltflieger Wolfgang von Gronau.

Münsterland, Ostwestfalen

Osnabrück. Straßenbahn stößt mit Lokomotive zusammen. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich auf der Iburger Straße. An der dortigen Gleiskreuzung der Hammerser-Bahn stieß eine Lokomotive mit voller Wucht mit einem vom Rosenplatz kommenden Straßenbahnwagen zusammen. Der Straßenbahnwagen wurde aus den Schienen geschleudert und schwer beschädigt. Personen wurden wie durch ein Wunder nicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Osnabrück. Die Schulen bleiben weiter geschlossen. In dem Auftreten der Grippeerkrankungen ist zwar ein gewisser Rückgang eingetreten, jedoch sind auch jetzt noch die Neuerkrankungen verhältnismäßig zahlreich. Die Erkrankungen nehmen jedoch einen günstigen Verlauf. Die Behörden haben verfügt, daß die Schulen bis auf weiteres geschlossen bleiben. Mit dem Wiederbeginn des Unterrichts ist erst für den nächsten Montag zu rechnen.

Ahlen. Die Kündigungen, die auf der hiesigen Zeche bereits vorgesehen waren, sind nicht ausgesprochen worden, da man inzwischen neue Absatzmöglichkeiten geschaffen hat. — Dagegen ist, wie man aus Hamm meldet, den Beamten der Zeche „Sachsen" in Heeßen gekündigt worden.

Aus dem Ruhrbezirk

Duisburg-Hamborn. Diebe im Polizeigebäude. Wie die Polizei mitteilt, wurden vor einigen Tagen aus den Räumen der städtischen Polizei drei Mauserpistolen, eine F. L.-Pistole, ein Browning (alle Kaliber 7,65), ein Trommelrevolver, 7 Patronenrahmen und etwa 800 Schuß Munition Kaliber 7,65 gestohlen. Die Täter gelangten nach Uebersteigung eines Zaunes auf den Hof und nach Zertrümmern einer Fensterscheibe in die Räume, wo sie sämtliche Schränke und andere Behältnisse aufbrachen und durchwühlten.

Duisburg-Hamborn. Eine 30jährige Frau von Unbekannten erschossen. Abends wurde auf der Bachstraße eine 30jährige Frau, die sich mit ihrem Bruder auf dem Wege nach Hause befand, von Unbekannten erschossen. Zeugen behaupten, daß um die angegebene Zeit in der Gegend eine Anzahl Schüsse gefallen seien. Die Polizei ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Turnen – Sport – Spiel

Handball

Handball-Länderkampf Holland gegen Deutschland

Anläßlich seines diesjährigen Bundesfestes will der KMGV., dem der holländische Handballsport untersteht, am 4. Juni im Sparta-Stadion in Rotterdam einen Handball-Länderkampf Holland gegen Deutschland durchführen. Deutschlands Farben werden Spieler der Deutschen Turnerschaft vertreten.

Deutsche Turnerschaft

Rheinische Turner suchen ihren Meister

Nachdem nunmehr in allen Kreisen Turngauen die Meister ermittelt sind, beginnen am kommenden Sonntag die Spiele um den Kreismeistertitel. Alle 24 qualifizierten Mannschaften stehen in der Runde der Meister sowie in der Runde der Gauzweiten im Kampf.

In der Meisterrunde erwartet der TV. Remscheid-Hasten in Gruppe 1 den TV. Gummersbach, der wohl die Punkte mit nach Hause nimmt. Polizei Köln ist Gast in Mulldorf. Formgemäß sollte an einem Siege der Polizisten nicht zu zweifeln sein. In Gruppe 2 hat es der TV. Oppum nicht besonders schwer, den TV. Eintracht Dülken zu schlagen. Offen ist dagegen das Treffen TV. Verlautenheide gegen den TV. Müllort. In Gruppe 3 spielt der Titelverteidiger TV. Kettwig gegen Jahn Hiesfeld. Der Sieger wollte hier schon im voraus feststehen. TSG. Benrath weilt in Beule und dürfte es dort nicht leicht haben, den MTV. niederzuhalten.

In der Runde der Gauzweiten stehen sich in Gruppe 1 Niederesbmar und Niederpleiß sowie TV. Remscheid 61 und TV. Köln-Ehrenfeld gegenüber. Eine Voraussage ist hier sehr schwer. In Gruppe 2 treffen TV. Stoppenberg und MTV. Dinslaken sowie ATV. Hilden und TV. Bonsfeld-Nierenhof aufeinander. In beiden Spielen glauben wir an den Gastgeber. In der dritten Gruppe erwartet Polizei Gladbach-Rheydt den TV. Itter-Holthausen. Die Chancen der Düsseldorfer sind nicht gerade gut, aber es könnte doch zum Siege reichen. Der TV. Lobberich und TSV. Eschweiler-Röhe werden sich einen ausgeglichenen Kampf liefern.

Boxen

Dempsey will Schmeling — Baer in Chikago bringen

Jack Dempsey, der als Veranstalter des Kampfes Max Schmeling — Max Baer sich zunächst noch für keinen bestimmten Ort entschieden hat, richtete jetzt an die Leitung der Chikagoer Weltausstellung die Anfrage, ob dieser 15-Runden-Kampf Mitte Juni dort durchgeführt werden kann. Um das Geschäft zu sichern, will Dempsey die Eintrittspreise recht niedrig gestalten und gibt 10 Dollar für den teuersten Platz an. Die Entscheidung, ob der Kampf in Chikago stattfindet oder nicht, muß bis zum 20. Februar fallen.

Nochmals verschoben

Große Schwierigkeiten bestehen in der Festlegung des Termins für den Europameisterschaftskampf im Schwergewicht zwischen Pierre Charles und Walter Neusel. Nun soll die Begegnung wieder mal endgültig am 12. Februar in Brüssel steigen.

Tennis

Auslosung zum Davispokal

Deutschland spielt gegen Aegypten

Im Pariser Elysee fand am Donnerstag die Auslosung der Spiele für den Davispokalwettbewerb 1933 statt. Eingeleitet wurde die feierliche Zeremonie durch eine Ansprache des Unterstaatssekretärs für Nationale Erziehung. Der französische Präsident Lebrun begrüßte die vollzählig erschienenen diplomatischen Vertreter und erklärte zum Schluß, er wünsche, daß man sich im nächsten Jahre wieder in Paris zur Auslosung versammeln möge. Für Deutschland zog Botschafter Dr. Köster ein sehr glückliches Los, denn es bestimmt in der ersten Runde Aegypten als unseren Gegner. Die Abwicklung der Spiele wurde wie folgt festgelegt:

Die erste Runde muß bis zum 9. Mai, die zweite bis zum 21. Mai, die dritte Runde bis zum 13. Juni und die vierte Runde bis zum 23. Juni ausgespielt sein. Der letzte Termin des Endspiels der Europazone ist der 17. Juli. Das Interzonen-Finale zwischen der siegreichen Mannschaft der europäischen und der amerikanischen Zone findet vom 21. bis 23. Juli in Paris statt. Die Spieleinteilung lautet:

Europazone: 1. Runde: Finnland — Indien, Spanien — England, Belgien — Oesterreich, Italien — Jugoslawien, Aegypten — Deutschland, Polen — Holland, Dänemark — Irland, Ungarn — Japan. **2. Runde:** Griechenland — Rumänien, Monaco — Tschechoslowakei, Norwegen — Australien, Südafrika — Schweiz.

Die Spiele der **Nordamerikazone** beginnen erst am 13. Juni, und zwar spielen hier: Cuba — Canada und USA. — Mexiko.

In der **Südamerikazone** treffen in der Vorrunde am 21. Mai zunächst Chile und Brasilien zusammen. Die siegreiche Nation hat dann am 13. Juni gegen Uruguay zu spielen, während in der gleichen Zeit Argentinien und Peru ihre Begegnung aus-

Roman Najuch auch Trainer in Polen

Der deutsche Altmeister Roman Najuch, der zurzeit die schwedischen Davispokalspieler trainiert, hat jetzt auch ein Angebot des Polnischen Tennis-Verbandes erhalten. Er soll in Warschau das Training der polnischen Davispokalmannschaft leiten, und zwar in der zweiten Aprilhälfte. Im Mai übt er bekanntlich seine Trainerfähigkeiten in Holland aus.

Wintersport

Rudolf Gerloff seinen Verletzungen erlegen

Das Oberhofer Bob-Unglück hat nun doch noch ein Todesopfer gefordert. Der Leipziger Rudolf Gerloff, der dabei die schwersten Verletzungen erlitt, ist inzwischen diesen erlegen.

In Rotterode stürzte der Oberschönauer Scheerschmidt beim Springen so unglücklich, daß er einen Schädelbruch erlitt.

Radfahren

Clausmeier-Ungethüm siegen im Sportpalast

Die vom Gau Berlin des BDR. im Sportpalast veranstalteten Amateurradrennen hatten wiederum ihre Anziehungskraft nicht verfehlt und gut 4000 Besucher belebten die Halle. Die Rennen nahmen einen interessanten Verlauf, vor allem der Hauptwettbewerb, ein 75-Kilometer-Mannschaftsfahren. Nach sehr scharfem Kampfe trugen die Dortmunder Clausmeier-Ungethüm in 1:45:05,2 einen knappen Sieg mit 21 Punkten über die Breslauer Buchwald-Frach (20 Punkte) und die Berliner Negd-Golz (11) und Raschke-Manthey (8) davon. Der Kölner Merkens lag lange mit in der Spitzengruppe, gab dann aber erschöpft auf, so daß sein Partner Krewer mit Groning gepaart wurde, die mit Rundenabstand als fünfte folgten.

Im Städtekampf der Flieger siegte im Gesamtergebnis Köln mit der Mannschaft Merkens-Krewer vor Dortmund (Ungethüm-Clausmeier), Berlin (Golz-Merklowitz) und Breslau (Frach-Buchwald).

Pferdesport

Rennen zu Pau, 2. Februar

1. Prix de Ger: 1. Astir (Broca), 2. Olive Noire, 3. Le Ravisseur. Toto: Sieg 194:10, Platz 77, 30, 25:10. Ferner: Autruche, Blue Eyes, Aigoual, Castera Lou, Sablier, Soumoulou, Bonne Fille 2, Palmn, Coccinelle, Marechal de France, Bas Breton, Roch: d'Or, Newyork-Paris, Romanichel, Diableret.

2. Prix des Drags: 1. Stein (Bentejac), 2. Saint Loup de Naud, 3. Ami du Peuple. Toto: Sieg 238:10, Platz 45, 16, 29:10. Ferner: Tolede, File Droit, Chambellan, Roi Galant, Mariotte.

3. Halbblut-Jagdrennen.

4. Prix du Commerce: 1. St. Dominque (Chancelier), 2. Haricot, 3. Paddy. Toto: Sieg 79:10, Platz 23, 22, 23:10. Ferner: Dece, Mont Boron, Elfe, Guerrier 3, Caill. du Modoc, Chow, Grand Croix, Galinier.

5. Prix du Pic du Midi: 1. Chevalier Seul (Naubert), 2. Volcelest, 3. Ener Zidon. Toto: Sieg 28:10, Platz 14, 14, 12:10. Ferner: Malesuade, Mireille, Buck Up, The Briton, Douro.

Handel und Wirtschaft

Berliner Effektentendenzbericht

Schwächer

Berlin, 2. Febr. Der Regierungsaufruf bildete naturgemäß das Hauptgesprächsthema in der Burgstraße. Obwohl man Einzelheiten über das Programm vermißte, war die Stimmung gegen gestern nachmittag beruhigter. Die Arbeitsbeschaffungspläne beanspruchten weiterhin großes Interesse. Größere Publikumsabgaben fanden nicht statt, und auch die Spekulation verhielt sich ziemlich abwartend. Die Anfangsnotierungen lagen meist über den Frankfurter Abendkursen, doch ergaben sich gegen den gestrigen Berliner Schluß Verluste bis zu 1½%. Darüber hinaus waren die in den letzten Tagen stärker gestiegenen Werte bis zu 3% gedrückt. Die wirtschaftlichen Momente waren vorwiegend günstiger Natur, konnten sich aber gegenüber der Politik nicht durchsetzen. Montane und Braunkohlenwerte hatten vielfach Rückgänge bis zu 1¾% aufzuweisen. Buderus, Eintracht- und Rhein. Braunkohlen lagen dagegen bis zu 1½% höher. Von Kaliwerten waren besonders Aschersleben und Kali Chemie bis zu 3¼% gedrückt, Chemie-, Gummi- und Linoleumwerte büßten bis zu 1⅜% ein. Bei Elektroaktien waren ebenfalls Rückgänge bis zu 1½% festzustellen, nur Felten lagen etwas freundlicher. Von Gaswerten verloren Schlesische Gas 1½%. Kabel- und Drahtwerte lagen umsatzlos. Von Autoaktien verloren BMW. 2½%. Maschinenfabriken büßten bis zu 2% ein. Unter Metallwerten gingen Deutsch Eisenhandel um 1½% zurück. Bauwerte bröckelten leicht ab, ebenso Kunstseideaktien. Von Textilwerten büßten Stöhr trotz der guten Beschäftigung mehr als 3% ein. Brauereien, die Anteile von Wasserwerken, Banken, Schiffahrtsaktien sowie Papier- und Zellstoffwerte gingen bis zu 1½% zurück. Von sonstigen Verkehrswerten waren AG. für Verkehrswesen in gleichem Ausmaße abgeschwächt. Ferner fielen Tietz, Deutsche Atlanten und Hotelbetrieb durch Rückgänge bis zu 3% auf. Im Verlaufe gaben die meisten Papiere weiter nach. Die Verluste gingen bis zu beinahe 2%. Die schwache Haltung der Auslandbörsen verstimmte, während der verhältnismäßig günstige Ultimoausweis der Reichsbank ohne Wirkung blieb. Deutsche Anleihen, besonders Altbesitz, die mehr als 1% verloren, tendierten schwach. Reichsschuldbuchforderungen und sonstige Rentenwerte waren ebenfalls schwächer. Ausländer gaben vielfach bis zu ¼% nach, nur Lissaboner Stadtanleihe und Tehuantepec waren ¼% höher. Am Berliner Geldmarkt hat sich die Entspannung weiter fortgesetzt, die Sätze erfuhren aber keine Veränderung, und Tagesgeld war an der unteren Grenze mit 4⅝ bzw. 4¼% erhältlich. Nach Privatdiskonten, Reichswechseln per drei Monate und Reichsschatzanweisungen per 17. Juli herrschte weiter Nachfrage.

Essener Börsenbericht

Essen, den 2. Febr. Infolge der innerpolitischen Situation eröffnete die Essener Börse bei großer Zurückhaltung in schwächerer Haltung. Lediglich Wintershall-Aktien hatten bei unveränderten Kursen einige Umsätze zu verzeichnen. Auf dem Kohlen-Kuxenmarkt bestand zu leichteren Kursen Abgabeneigung, ohne daß es jedoch zu nennenswerten Umsätzen kam. Nur Heinrich-Kurse wechselten etwa 150 RM. niedriger den Besitzer. Von niedriger um. Die Börse schloß ruhig zu leicht erholten Kursen.

Kölner Börsenbericht

Köln, den 2. Febr. Nachdem es im gestrigen Nachmittagsverkehr auf Grund der Reichstagsauflösung zu einer stärkeren Abschwächung gekommen war, traten zu Beginn der heutigen Börse größere Veränderungen nicht ein. Die Kursgestaltung war nicht ganz einheitlich. J. G. Farben eröffneten ⅞ Prozent höher, während Reichsbankanteile ⅜ Prozent nachgaben. Am Montanmarkte zogen Rhein. Braunkohlen um 2½ Prozent, Buderus um 1½ Prozent, Stahlverein und Rheinstahl um ¾ Prozent, Phönix und Mannesmann um ¼ Prozent an, während Harpener bis 1½ Prozent, Hösch 1¼ Prozent und Klöckner ⅜ Prozent einbüßten. Von Elektroaktien waren Felten und Siemens leicht erhöht, dagegen Schuckert und RWE. knapp gehalten. Kunstseideaktien wenig verändert. Am Anleihemarkt verlor die Altbesitzanleihe 1,15 und Neubesitz ¼ Prozent. Im Verlaufe herrschte fast völlige Geschäftsstille und die Kurse gaben ziemlich allgemein nach. Der Einheitsmarkt verlief in schwächerer Haltung. Von Versicherungen gingen Köln-Rück große um 10 RM. und kleine um 1 RM. zurück. Bei Pfandbriefen verloren Rheinboden bis ½ Prozent und Westboden bis 1½ Prozent. Die Börse schloß geschäftslos.

Heute notierten: Basalt 15¼, Bonner Berg 40, Braunkohle Zukunft +, Kalker Brauerei +, Kabelwerk Rheydt +, Kölner Dampf +, Rhein. Braunkohle 189½, Stollwerck 44½.

Märkte

Die Zufuhren zum Essener Hauptmarkt waren sowohl in in- und ausländischem Gemüse und Kartoffeln genügend, in Obst und Südfrüchten reichlich, doch konnte sich nur langsames Geschäft entwickeln. Die Preise zeigten feste Tendenz.

Amtliche Berliner Metall-Notierungen

Berlin, 2. Febr. Es kosteten 100 Kilogr. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg Bremen oder Rotterdam 46,75; Original-Hütten-Aluminium, 98—99 Proz., in Blöcken 160, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 164; Reinnickel, 98—99 Proz. 350; Antimon-Regulus 37—39; Silber in Barren, ca. 1000 fein, per Klgr. 36,00—39,50 RM.

Warenmärkte

Notierungen der Großhandelspreise der Getreidebörse zu Dortmund

Dortmund, 2. Febr. Westf. Weizen 19,25; westf. Roggen 15,25; pomm. Hafer 14,50—15,00; ostfries. Hafer 14,25—14,75; neue Wintergerste 17,50—17,75; Plata-Mais 20,00; Cinquantino-Mais 21,75—22,00; Weizenmehl (Grundpreis) 26,50—26,75; 70prozent. Roggenmehl 23,50—23,75; ostd. Roggenmehl 22,00; Weizenkleie 8,50—9,25; Roggenkleie 7,75—8,00; Trockenschnitzel 8,50—9,00; Zuckerschnitzel 9,50—10,00; Tendenz: ruhig. Handelsklassen ohne Angebot. — Die Preise sind Großhandelspreise und verstehen sich per 100 Kilogr. waggonfrei Dortmund in Ladungen von 15 000 Kilogr., bei Mehlen zu Mühlen-Konventions-Bedingungen.

Fleischpreise im Großhandel

Essen, 2. Febr. Ochsenfleisch: von vollfleischigen, ausgemästeten, jungen Ochsen 47—54, von vollfleischigen, ausgemästeten, älteren Ochsen 46—50, von fleischigen Ochsen —, von gering genährten Ochsen 40—44; Bullenfleisch: von fleischigen Bullen 44—50, von gering genährten Bullen 42—46; Kuhfleisch: von fleischigen, ausgemästeten Kühen 44—58, von fleischigen Kühen 42—47, von gering genährten Kühen 38—42; Färsen- (Kälbinnen-) Fleisch: von fleischigen, ausgemästeten Färsen 46—52, von fleischigen Färsen 44—46; Kalbfleisch: von besten Mast- und Saugkälbern 55—60, von mittleren Mast- und Saugkälbern 50—55; Hammelfleisch: von Mastlämmern und jüngeren Masthammeln 55 bis 60, von mittleren Mastlämmern, älteren Masthammeln und gut genährtem Schafvieh 50—55; Schweinefleisch: von Schweinen zum Frischverkauf (Landschweinen) bis zu ca. 225 Pfd. Lebendgewicht 54—57.

Amtliche Berliner Devisenkurse

	2. Februar		1. Februar		V. dem
	Geld	Brief	Geld	Brief	Krieg
London	14.28	14.32	14.28	14.32	20.43
New York	4.209	4.217	4.209	4.217	4.20
Amsterdam	169.28	169.62	169.23	169.57	168.05
Brüssel	58.50	58.62	58.48	58.60	81.00
Italien	21.50	21.54	21.50	21.54	81.00
Jugoslaw.	5.554	5.566	5.554	5.566	181.00
Kopenhag.	63.74	63.86	63.94	64.06	12.50
Paris	16.425	16.465	16.425	16.465	81.00
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485	55.05
Schweiz	81.37	81.53	81.34	81.50	81.05
Wien	51.85	52.05	51.95	52.05	70.00

Berliner Börsenkurse vom 2. Februar 1933

	Div.	2.2	1.2.
Anleihen			
D. R.-Anl. 27	6	78.–	78¾
Banken:			
Berg.-Märk. Ind.		—.—	—.—
Com.- u. Priv.-Bk.	—	53½	53½
Darmst. u. Nat.-Bk.		— —	+
Dtsch. Bk. u. Diskt.	—	72¾	72¾
Dresdner Bank	—	61¾	61¾
Reichsbank	12	154½	158.–
Rh.-Westf. Bod.-Cred.	8	89.–	90¼
Verkehrswerte:			
Reichsbahn V.-A.	7	93.–	93¼
Hapag		17⅝	19⅛
Nordd. Lloyd		18⅛	19⅜
Brauereien:			
Dortm. Aktien	–	—.—	—.—
Dortm. Ritter	–	91½	95 –
Dortm. Union	12	—.—	183.–
Müser	—	—.—	—.—
Schlegel-Scharp.		—.—	80 –
Wicküler-Küpper		—.—	—.—
Sonstige:			
Aku	12	36⅛	38¼
A. E. G.		26.–	27½
Bemberg I. P.	–	46¼	48⅛
Chem Ind. Gelsenk.	5	—.—	67.–
Cont. Cautsch.	8	119¾	123¼
Daimler Mot.	–	21⅜	23⅜
Dtsch. Erdöl	4	88.–	91⅝
El. Licht u. Kraft	6	94½	98.–
Eschw. Bergw.	14	—.—	193½
IG Farbenind.	7	105.–	107½
Felten-Guilleaume	—	54⅝	57¼
Friedrichshütte		—.—	—.—
Gebhard u. Co.	–	—.—	—.—
Gelsenk. Bergw.		59 —	63 –
Ges. f. el. Unt.	4	80¼	83¼
Goedh. Gebr.	8	79¼	79¾
Goldschmidt	—	38.–	40¾
Hammersen	—	— —	—.—
Harpener Berg.	—	78¾	83½
Hoesch Eisen-Köln-Neuessen		52¾	56½
Kali Aschersleben	6	113.—	116¾
Klöcknerw.	—	44⅞	48½
Köln Gas u. Elek.	3	61.—	62.–
W. Krefft	—	—.—	—.—
Kromschröder G.	—	—.—	—.—
Kronprinz Metall	—	26 —	26 –
Küppersbusch	4	—.—	—.—
Lahmeyer	10	117⅝	120¾
Mannesm.-Röhren	—	61⅜	64⅞
Mansfeld	—	24.–	25.–
Maschb.-Untern.	—	39½	42⅛
Mülh. Bergw.	3	69.–	72.–
Phönix Bergw.	—	34¼	36½
Rhein. Braunk.	10	190⅛	193½
Rh. Elektrizität	5	100.–	103.–
Rhein-Möbelstoff	—	—.—	—.—
Rhein-Spiegel	—	56.–	58 –
Rhein-Stahl		71¾	75⅞
Rh.-Westf. Elektr.	5	89¼	93½
Rhein-West Kalk	—	—.—	—.—
Rhein-Westf. Spr.	—	—.—	—.—
Roddergrube	24	—.—	—
Salzdetfurth	9	170.—	175.–
Schött. Herm.	—	—.—	—.—
Schwelm-Eisen	—	— —	— —
Siemens u. Halske	—	124⅞	127¾
Stollb. Zinkh.	—	35⅞	37.–
Stollwerk	—	44½	45.–
Tietz	6	36½	38½
Ver. D. Nickel		70.–	72.–
Ver. Glanzst. Elbf.	—	56½	—
Ver. Stahlw.	—	34⅛	36¼
Warstein Gruben	—	35.–	35½
Wasserw. Gelsenk.	7	—.—	115—
Westeregeln	6	117—	119—
Westf. Draht Hamm	5	—.—	—.—
Wittener Guß		—.—	—.—
Westfälische Landesbankanl.			
6% Prov. Feing. 25		82.–	82¼
6% dto. 26		76¾	76⅝
6% Komm. Obl. 28/29 2—3		71.–	72⅜
6% dto. 30 R. 4		— —	72⅜
6% Goldpfdbr. R. 1		78¾	79.–
6% Westf. Pfandbriefanst. Hausgrundstücke		85½	—.—
6% dto. Goldpfandbriefe		—.—	—.—
Westf. Provinzialanleihe-Auslosg.		59⅛	59¼
Festverzinsliche Werte			
6% Preuß. Ld.-Br. anstalt R. 19		84½	—.—
6% dto. 4		85.—	85.—
6% dto. 13/15		85.–	85.—
6% dto. 17/18		85.—	85.—
6% dto. 21		84½	84 9
6% dto. Komm. 20		76.—	—.—
6% dto. 16		76½	76½
6% dto. 6		—.—	76.—
6% dto. 8		—.—	—.—
6% Pr. Centr.-Bod. u. Pfdbr. Em. 1		83½	83⅞
6% dto. Komm. Obl. I		71½	72½

(—, +) bedeutet: ohne Angebot und Nachfrage.

Die Abrüstungskonferenz

Deutschlands Standpunkt zum französischen Abrüstungsplan

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz, der mit der allgemeinen Aussprache über den französischen Abrüstungsplan begann, legte der deutsche Vertreter,

Botschafter Nadolny

den deutschen Standpunkt dazu dar. Botschafter Nadolny führte einleitend aus, daß für den so dringend erwünschten Fortschritt der Konferenz eine grundsätzliche Diskussion des französischen Planes unerläßlich sei. Die Zeichen der Zeit wiesen gebieterisch auf die Notwendigkeit hin, die Arbeit der Konferenz in dieser zweiten Phase bald mit wirklichen praktischen Ergebnissen abzuschließen.

Botschafter Nadolny sagte dann u. a.: Die deutsche Regierung legt jedenfalls den größten Wert darauf, daß die

Abrüstung so schnell wie möglich

durchgeführt werde. Sie steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ihr ein

vertragliches Recht auf die allgemeine Abrüstung

zusteht, und daß die Erfüllung dieses Anspruches, auf die sie nun schon mehr als ein Jahrzehnt gewartet hat, nicht mehr länger aufgeschoben werden darf. Und sie steht ferner nach wie vor auf dem Standpunkt, daß nur der Abschluß einer Abrüstungskonvention in Frage kommen kann, die für alle Konferenzteilnehmer und damit auch für sie selbst, den Erfordernissen des Art. 8 des Paktes Rechnung trägt. Dies ist der unveränderte deutsche Standpunkt seit Beginn der Konferenz, den der deutsche Reichskanzler noch gestern abend bestätigt hat, und auf der Grundlage dieses Standpunktes ist die deutsche Regierung, nachdem gleichberechtigte Teilnahme an der Arbeit der Konferenz und ihrem Ergebnis festgestellt ist, gern bereit, in eine Diskussion aller dem Ziele der Konferenz dienenden Vorschläge einzutreten, also auch des uns vorliegenden französischen. Nach dieser allgemeinen Erklärung ging der deutsche Vertreter zum Inhalt des französischen Vorschlages über und legte gewisse grundlegende Gesichtspunkte dar,

1. zu dem militärisch-technischen Teil,
2. zu den juristisch-politischen Vorschlägen.

Hinsichtlich des militärisch-technischen Teiles,

so führte Nadolny u. a. aus, möchte ich zunächst feststellen, daß der französische Plan die Zusammensetzung der Heere aus Soldaten mit langer und kurzer Dienstzeit als dem Gedanken der Abrüstung und zum mindesten den Verhältnissen des europäischen Festlandes am meisten entsprechend ansieht.

Damit wird für das Wehrsystem ein gewisser allgemeiner und selbstverständlich für alle Staaten in gleicher Weise geltender Grundsatz aufgestellt, der eine Anpassung an die Bedürfnisse sowie an die wirtschaftliche und sozialen Verhältnisse jedes Landes gestattet. Er müßte sich nach deutscher Auffassung auch auf die Ueberseestreitkräfte erstrecken. ... Ich halte es für eine unerläßliche und besonders dringliche Aufgabe der Konferenz, ohne erneute technische Untersuchung im Wege der Abstimmung über die vorliegenden oder noch einzubringenden Anträge zur qualitativen Abrüstung klar festzustellen, wieweit die Konferenz in der Verminderung der Angriffswaffen gehen will. Nach dem französischen Plan soll nun das Angriffsmaterial nicht wirklich abgeschafft werden, sondern erhalten bleiben, indem es teils zur Ausrüstung der nationalen Kontingente einer Völkerbundsarmee verwendet, teils in dem Lande des bisherigen Besitzers zur Verfügung des Völkerbundes gehalten werden soll. Die deutsche Delegation ist der Auffassung, daß eine solche Maßnahme die qualitative Abrüstung illusorisch machen würde. Nach ihrer Ansicht muß das gesamte Material, das in Zukunft nicht mehr erlaubt sein soll, innerhalb einer festgesetzten Zeit vernichtet und seine Herstellung völlig unterbunden werden.

Es ist notwendig, die Ausführung des Hooverplanes alsbald zu verwirklichen. Das Maß der Abrüstung hat den Grundsätzen des Art. 8 des Paktes zu entsprechen. Nach diesen Grundsätzen ist der künftige Rüstungsstand für jeden Staat und somit auch für Deutschland nach der Notwendigkeit seiner nationalen Sicherheit zu bestimmen, für die wiederum vor allem der Rüstungsstand der anderen Staaten maßgebend ist.

Was den juristisch-politischen Teil anbetrifft,

so vertritt die französische Delegation in Verfolgung alter Gedankengänge den Standpunkt, daß für jeden Schritt auf dem Gebiete der Abrüstung parallele Fortschritte auf dem Gebiete der vertragsmäßigen Sicherheitsgarantien notwendig sind. Sie stellt zu diesem Zweck ein System von Vorschriften auf.

Zunächst muß ich eines feststellen: Die Auffassung, daß die von dieser Konferenz erwarteten Maßnahmen auf dem Gebiete der Abrüstung nur parallel mit einem Ausbau der internationalen Friedensordnung möglich sind, hat in den unserer Arbeit zugrunde liegenden Bestimmungen keine Begründung. Es ist klar, daß nach dem Pakt die Abrüstung auf Grund der in ihm geschaffenen Friedenssicherungen alsbald erfolgen, nicht etwa noch von Verhandlungen über weitere internationale Sicherheitsbürgschaften juristisch-politischer Natur abhängig gemacht werden sollten.

Der deutsche Vertreter erwähnte dann

die vertraglichen Sicherheitsgarantien, die in den letzten 13 Jahren hinzugekommen

sind, vom Kelloggpakt bis zum Kriegsverhütungspakt von 1931.

Er fuhr fort: Wir stehen dementsprechend auf dem Standpunkt, daß die Erfüllung der Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz, — die, wie die Generalkommission anerkannt hat, einen entscheidenden Schritt der Abrüstung zu bilden hat — nicht von neuen vertraglichen Sicherheitsgarantien juristisch-politischer Art abhängig gemacht werden darf. Dies um so mehr, als der Artikel 8 selbst in der Abrüstung das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens erblickt, also die Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen selbst als das wirksamste Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit für alle Staaten betrachtet.

Trotzdem, das heißt obgleich die Abrüstung hiernach nicht an die Vorbedingung neuer vertraglicher Sicherheitsgarantien geknüpft werden kann, hat sich die deutsche Regierung stets bereit erklärt, Anregungen zur Schaffung neuer Garantien zu prüfen und sich eventuell an Vereinbarungen dieser Art zu beteiligen. In diesem Sinne haben wir in der Vereinbarung vom 11. Dezember 1932 unsere Bereitwilligkeit zur Teilnahme an einer Erklärung aller europäischen Staaten ausgesprochen, unter keinen Umständen zur Gewalt zu greifen, um eine gegenwärtige oder künftige Schwierigkeit zu lösen, und ich darf diese Bereitwilligkeit meiner Regierung auch im Rahmen dieser wichtigen Diskussion nochmals aussprechen. In demselben Sinne sind wir auch bereit, uns an der Prüfung der neuen französischen Vorschläge auf dem juristisch-politischen Gebiet zu beteiligen.

Er verneine keineswegs die Möglichkeit, daß eine weitere Entwicklung in der Zusammenarbeit der Völker dazu führen könne, als Schlußstein eines Friedensgebäudes auch

eine internationale Armee

zu schaffen, vorausgesetzt, daß sich der Gedanke überhaupt als technisch durchführbar erweise. Eine weitere selbstverständliche Voraussetzung sei die Gewähr dafür, daß die Bundesgewalt auch wirklich gegen jedes Bundesmitglied mit der gleichen sicheren Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden könne. Das gleiche gelte für den Vorschlag der Schaffung einer

Luftflotte des Völkerbundes.

Zu dem Vorschlag über die Zivilluftfahrt, so sagte Botschafter Nadolny weiter, will ich hier nur bemerken, daß nach deutscher Ansicht die ungehemmte

Entwicklung der Zivilluftfahrt nur in freiem Wettbewerb

stattfinden kann. Die beste Lösung des Luftfahrtproblems in der Abrüstungskonvention scheint mir, wie dies wiederholt im Laufe der früheren Verhandlungen von der deutschen Delegation dargelegt worden ist, die zu sein, daß durch völlige Abschaffung der Militärluftfahrt und durch ein wirksam gesichertes Verbot des Bombenabwurfs die Sicherheit für die Welt geschaffen wird, daß diese furchtbarste aller Waffen künftig nicht mehr angewandt werden kann.

Somit fasse ich die deutsche allgemeine Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen folgendermaßen zusammen:

Wir begrüßen die Absicht der französischen Regierung, die Arbeit der Konferenz zu fördern und dabei nach den für sie bereits festgelegten Grundsätzen zu verfahren, und wir sind bereit, in die Diskussion der verschiedenen französischen Anregungen einzutreten. Dabei wird sich die deutsche Delegation von dem Grundgedanken leiten lassen, daß die erste Etappe der Abrüstung wirklich ein entscheidender Schritt in der Herabsetzung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten werden muß. Die deutschen Vertreter werden den französischen Anregungen ihr volles Interesse entgegenbringen und jedes Moment darin, das dem Ziele unserer Konferenz nützlich sein kann, nach Kräften unterstützen. Der Erreichung dieses Zieles, nämlich des Zieles einer effektiven Abrüstung und der Schaffung gleicher Sicherheit für alle, gilt unsere Arbeit.

Kampf gegen Unruhestifter

Verbot aller kommunistischen Versammlungen unter freiem Himmel

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, hat der kommissarische preußische Innenminister Goering einen Erlaß an alle Regierungspräsidenten gerichtet, der durch Polizeifunk den nachgeordneten Stellen übermittelt wurde. Der Erlaß betont, daß ein schärferes Vorgehen gegen kommunistische Unruhestiftung notwendig sei.

Alle kommunistischen Versammlungen unter freiem Himmel im ganzen preußischen Staatsgebiete sowie alle Versammlungen etwaiger Unter- und Nebenorganisationen der KPD unter freiem Himmel werden in dem Erlaß verboten. Es wird weiter angeordnet, daß die übrigen Versammlungen der Kommunisten sorgfältiger als bisher beobachtet und sofort aufgelöst werden sollen, sobald eine Aufforderung zum Streik oder zu „sonstigen hochverräterischen Unternehmungen" ausgesprochen werde.

Der Erlaß empfiehlt besonders Beobachtung der kommunistischen Sportvereinigungen, namentlich soweit in diesen Sportvereinigungen Schießübungen veranstaltet werden. Er verlangt, daß etwaiges Waffenmaterial dieser Vereinigungen sichergestellt werde.

Hitler an die NSDAP.

Der Angriff veröffentlicht folgenden Aufruf Hitlers:

Parteigenossen! SA- und SS-Männer! 13 Jahre seid Ihr in seltener Disziplin mir gefolgt. Die kommunistische Mordorganisation hetzt seit Tagen in unverantwortlicher Weise gegen die nationale Erhebung. Niemand verliert die Nerven! Haltet Ruhe und Disziplin! Laßt Euch nicht durch Spitzel und Provokateure an der Befolgung dieses meines Befehls irre machen! Die Stunde der Niederbrechung des Terrors kommt!

Adolf Hitler.

Feuerüberfall in Düsseldorf

Nach Schluß einer Versammlung der Nationalsozialisten in der Tonhalle zu Düsseldorf wurden in der Nacht zum Donnerstag, wie die Polizei meldet, auf heimkehrende Nationalsozialisten ein Feuerüberfall verübt. Bei der entstehenden Schießerei wurden drei Mitglieder der kommunistischen Partei schwer, jedoch nicht lebensgefährlich verletzt. Die Schutzpolizei entsandte sofort ein starkes Kommando, das in kurzer Zeit die Ordnung wiederherstellte.

Waffenfunde in Berlin-Charlottenburg

Die von der Polizei in der Wallstraße in Charlottenburg durchgeführte Groß-Razzia förderte eine Anzahl Schuß- und Stichwaffen zutage. Festnahmen erfolgten nicht. Während der Polizeiaktion bildeten sich große Ansammlungen von Kommunisten. Da die Menge sich den polizeilichen Anordnungen zum Teil widersetzte, wurde sie von den Beamten mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben.

Zusammenstöße in Berlin — 1 Toter

Aus Berlin, 2. Februar, wird gemeldet: Bei Zusammenstößen, die sich in der vergangenen Nacht an verschiedenen Stellen in Berlin zutrugen und bei denen auch teilweise geschossen wurde, wurden insgesamt sieben Personen verletzt; einer von ihnen, ein Kommunist, ist im Krankenhaus gestorben.

Durchsuchungen in Berlin

Bei einer Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses in Berlin handelt es sich nicht um eine Einzelaktion, sondern um eine auf ganz Berlin ausgedehnte polizeiliche Maßnahme. So wurden u. a. untersucht die Räume der „Roten Hilfe" in Schöneberg und ein kommunistisches Verkehrslokal im Süden Berlins.

Verschobene sozialdemokratische Kundgebung in Berlin

Eine für Sonntag, 5. Februar, geplante sozialdemokratische Kundgebung in Berlin ist verboten worden. Am Sonntag findet das Staatsbegräbnis der beiden Opfer der Charlottenburger Bluttat statt. Der „Vorwärts" kündigt an, daß die Berliner SPD. an Stelle der verbotenen Kundgebung am Sonntag am Dienstag, 7. Februar, eine Kundgebung im Lustgarten veranstalten will.

Die Beisetzung der Opfer der Charlottenburger Bluknacht

Die Beisetzung der beiden Opfer des kommunistischen Feuerüberfalles auf die vom Fackelzug vor der Reichskanzlei zurückkehrenden Charlottenburger SA.-Leute ist, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, in besonders feierlicher Weise geplant. Der Polizeibeamte sowohl wie der SA.-Mann, die dabei ihren Tod fanden, sollen nach den bisherigen Dispositionen am Samstagabend im Berliner Dom aufgebahrt werden. Ihr Begräbnis soll auf Kosten des preußischen Staates erfolgen. Die Ehrenwache wird voraussichtlich von der Berliner Schutzpolizei gestellt. Am Sonntagmittag ist im Berliner Dom eine Trauerfeier geplant, und zwar unter Beteiligung der Reichs- und der kommissarischen Regierung.

Feuerüberfall in Nowawes

In Nowawes kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Trupp Kommunisten drang überraschend in das Lokal von Brodehl ein, der der NSDAP. angehört, und begann das Mobiliar zu demolieren. Dem Wirt gelang es, seine politischen Freunde zu verständigen. Als diese herbeieilten, wurden sie von Kommunisten beschossen. Die Ueberfallenen setzten sich zur

Letzte Drahtnachrichten

Das Reichskabinett

Von unterrichteter Seite wird über die Kabinettssitzung vom 2. Februar nur mitgeteilt, daß die allgemeine Aussprache über die politische Lage fortgesetzt wurde, und daß noch keine Beschlüsse gefaßt worden sind. Das gelte auch für die Personalfragen. Ursprünglich hatte man erwartet, daß einige personelle Dinge entschieden würden, namentlich in Preußen. Die kommissarische Besetzung der preußischen Ministerien entscheidet aber nicht das Kabinett, sondern der Reichskommissar, also Vizekanzler von Papen. Offenbar handelt es sich auch nur noch darum, zwei preußische Ministerien neu zu besetzen, nämlich das Kultusministerium, bei dem feststeht, daß Professor Kähler ausscheidet, und das Justizministerium. Im übrigen wird das preußische Innenministerium von Reichsminister Goering betreut. Das Finanzministerium behält Finanzminister Popitz. Das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, an dessen Spitze Staatssekretär Ernst steht, ist ohnehin dem Reichswirtschaftsminister, das preußische Landwirtschaftsministerium mit Staatssekretär Musehl dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft unterstellt. Aus dem ganzen ergibt sich, daß wichtiger als diese personellen Dinge die Fragen des Programms sind. Die Beratungen darüber sind jetzt offenbar schon recht weit gediehen. Sie gehen in den nächsten Tagen weiter.

Hitler an der Spitze sämtlicher Listen der NSDAP.

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit, daß am Donnerstag in Berlin in Anwesenheit Hitlers eine Gauleiter- und Amtswaltertagung der NSDAP. stattgefunden habe, auf der die Richtlinien für den Wahlkampf gegeben wurden. Reichspropagandaleiter **Dr. Göbbels** habe über Taktik und Technik im Wahlkampf gesprochen, der diesmal unter Einsatz aller technischen Mittel und mit der ganzen Kraft und dem ganzen Elan der Bewegung geführt werden müsse.

Hitler, so besagt die Mitteilung, zeichnete ein Bild der durch den Regierungseintritt der NSDAP. geschaffenen innerpolitischen Lage; er führte u. a. aus: Die NSDAP. habe in dem ersten nunmehr abgeschlossenen Teil ihres Kampfes den Beweis erbracht, daß Zähigkeit und Beharrlichkeit zum Ziele führen müssen. In dem zweiten Abschnitt des Kampfes, in den die nationalsozialistische Bewegung jetzt eingetreten sei, gelte es nunmehr für die NSDAP., nicht nur negativ, sondern auch positiv zu kämpfen. Dem Gegner dürfe keine Zeit gelassen werden, sondern die NSDAP. werde mit einer Vehemenz ohnegleichen unverzüglich zum Angriff übergehen und ihre Propaganda nach größten Gesichtspunkten einsetzen. Er selbst werde sich in diesem Wahlkampfe vor die Partei stellen und an der Spitze sämtlicher Listen der NSDAP. kandidieren.

Das Urteil im Raubmordprozeß Dr. Rubensohn

In dem Prozeß wegen des Raubmordes an dem Arzt Dr. Rubensohn fällte das Kölner Schwurgericht nach viertägiger Verhandlung das Urteil. Es erhielten Thomas und die Schätzer je 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus, Frau Schröder 10 Jahre Zuchthaus, Schoppmann 3 Jahre 4 Monate Zuchthaus, Immeln 1 Jahr Zuchthaus, Lammerich, dem als einzigen mildernde Umstände zuerkannt wurden, 1 Jahr Gefängnis. Der wegen Hehlerei angeklagte Lagerarbeiter, der einen Ring aus der bei Dr. Rubensohn gemachten Beute gekauft hatte, wurde freigesprochen.

Wehr und erwiderten das Feuer. Dabei wurden zwei Kommunisten schwer verletzt, die in das Kreiskrankenhaus eingeliefert wurden.

Noch ein Toter

In Bretten veranstalteten Kommunisten aus Durlach einen Umzug. Es kam zu einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten. Mehrere Personen wurden verletzt, ein Kommunist ist einer Schußverletzung erlegen.

Ausschreitungen in Königsberg

Im Verlaufe eines in Königsberg trotz polizeilichen Verbotes von der kommunistischen Partei veranstalteten „Hungermarsches" kam es zu Ausschreitungen. Der schwerste Zusammenstoß ereignete sich auf dem Steindamm, wo mehrere Schüsse abgegeben wurden, durch die anscheinend auch einige Personen verletzt wurden. Die Demonstranten versuchten den Verkehr zu stören, indem sie z. B. Autos umwarfen. An anderer Stelle wurde ein Nationalsozialist durch einen Messerstich ins Gesicht erheblich verletzt. Ein Rechtsanwalt erhielt von einem Demonstranten mit einem Knüppel einen Schlag über den Kopf, so daß er mit einer blutenden Wunde ohnmächtig zusammenbrach. Die Polizei steht in voller Alarmbereitschaft.

In München

sollte ein kommunistischer Demonstrationszug von einem Polizeibeamten aufgelöst werden. Als der Beamte den Führer des Zuges festnehmen wollte, wurde er von den Demonstranten blutig geschlagen. Er gab in seiner Bedrängnis zwei Schüsse ab, die den Führer des Zuges

Weiße Wochen

Weiße Wunder kommen ins Haus geschneit!
Morgen erhalten Sie unsern Weiße Woche-Prospekt, über den es nur eine Meinung gibt:

Eine weiße Sensation!

Schäfer, Soest

Hotel-Café „Zum Krahnen"
Inh.: Otto Köhler.

Heute, Freitag abend

I. Kappensitzung

A. Amelung spielt auf

Großer Karnevalstrubel

unter Leitung des Admirals **Lustig** Samstag und Sonntag bei

„Schulzen-Heinrich in der Börde"

In unser Handelsregister B ist heute bei der unter Nr. 29 eingetragenen **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Zweigstelle Soest,** heute eingetragen:

Dr. Franz A. Boner und Dr. Werner Kehl sind nicht mehr Vorstandsmitglieder. Dr. Peter Brunswig, Berlin, ist zum Vorstandsmitgliede bestellt.

Soest, den 30. Januar 1933.

Das Amtsgericht.

Ingenieurschule Ilmenau i. Thür.
Elektrotechnik, Maschinen-, Auto- und Flugzeugbau
Lehrfabrik für Praktikanten, Werkmeisterabteilung
Flugbetrieb im Fliegerlager

Krieger- und Landwehr-Verein Sassendorf - Heppen.

Winterfest

am Sonntag, den 5. ds. Monats nachm. 5 Uhr im Schützenhause zu Bad-Sassendorf.

Konzert- Theater- Gesangvorträge
anschließend Ball

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

N.B. Die Mitglieder erscheinen in Mütze, Orden u. Ehrenzeichen.

Das Tambourkorps der Freiw. Feuerwehr-Ampen

veranstaltet am 5. Februar 1933 im Schützenhaussaale zu Ampen einen

Fastnachts - Ball

(KAPPENFEST)
— Ostönner Hornmusik —

Anfang 17 Uhr. Anfang 17 Uhr

Es ladet freundlichst ein.
Der Festwirt, Das Tambourkorps.

Eisenbahn-Frauenverein

Die Jahres-Hauptversammlung findet am Donnerstag, den 9. 2., nachm. 15 Uhr, bei Wipler statt. Kaffee 0,50 Mk. Kuchen frei.

Der Vorstand.

Der neue OPEL ist da!

Die Limousine unter 2000,- Mk.

geräumiger und formenschöner
billiger im Verbrauch
Jahressteuer nur 126,— Mk.

Zur Besichtigung und Probefahrt ladet ein:

Rosenthal & Rustemeier, Soest,
Ruf 90.

Amerikanischer
Rauchtabak
Grob und Krüll vorzügliche Qualität
½ Pfd. 1,25 RM.
Adolf Storck,
Brüderstr. 5.

Ia Kommisbrot
gut für Magen- u. Zuckerkranke ärztlich empfohlen
Franz Hohoff,
Leckgadum 37 Tel. 931

Jedem, der an
Rheumatismus, Ischias oder Gicht
leidet, teile ich gern **kostenfrei** mit, was meine Frau schnell und billig kurierte. 12 Pfg. Rückporto erbeten.
H. Müller, Obersekretär a. D. Dresden Nr. 252 Walpurgisstraße 9 IV.

Wohnung
3 Räume zum 1. 3. 33 zu vermieten
Näheres Ostenhellweg 6

Ia Zuckerrüben-Kraut
das Beste
Pfd. 18 Pfg. mit 5 Proz. Rabatt.
Curt Stolper,
Ulricherstraße 4 und Filialen.

Stadtrat
zu 10 Pfg. ist eine Sandblatt-Cigarre von ganz hervorragender Qualität.
Adolf Storck,
Brüderstr. 5.

Im
Fruchthof Soest
finden Sie Qualitäts
Marinaden
½ lt. Dose von 38 Pfg. an
fr. Sendungen
Blut- u. Jaffa-Orangen
eingetroffen,
Citronen 3 Stk. 10 Pfg
Apfelsinen 10 Stk. 23 Pfg.
A. F. Sohl
Ruf 934.

Wild
im Anschnitt
H. Husemeyer

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute nachmittag, 4½ Uhr, nahm uns Gott, der Herr, nach kurzem, schweren Kranksein meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende Mutter, meine liebe Tochter, unsere gute Schwester, Nichte, Schwägerin und Tante

Frau Hugo Wiegeshoff
Adelheid geb. Nitsche

im Alter von 46 Jahren.

In tiefstem Schmerz:

Hugo Wiegeshoff,
Jlse Wiegeshoff,
Lore Wiegeshoff,

Soest, den 1. Februar 1933.

Die Beerdigung findet am Samstag, d. 4. Febr., nachmittags 3¼ Uhr vom Trauerhause, Petristr. 4, statt. Trauerfeier ¼ Stunde vorher.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand nehmen zu wollen.

Etwas
Süßes u. Saftiges
direkt v. Spanien
Schon wieder
1 Waggonladung
Apfelsinen
eingetroffen
jetzt nur noch
3 Pfund 58 Pfg.
5 % Rabatt
Hill A. G.
Arnsberg
Soest, Sassendorf.

Trauerfallshalber
bleibt mein Geschäft Samstag, den 4. Febr. geschlossen.
Hugo Wiegeshoff.

Zwangsversteigerung

Samstag, den 4. Februar, versteigere ich um 10,30 Uhr in meinem Pfandlokal, Pollhofstraße:

1 Waren-, 1 Geld- und 1 Glasschrank, 1 Ladentheke, 1 Verlikow, 1 Spiegel mit Konsole, 1 Klubsessel, 1 Klavier, 1 Registrier- und 1 Ladenkasse (Anker), 2 Teppiche, 2 Bilder, 1 Staubsauger, 1 Posten Zigarren u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher. K.

Am Montag
steigt die Sparsamkeits-Epoche:
Bei Behle - Soest beginnt die Weiße Woche!

Am Dienstag
ist von Behle - Soest bekannt:
Die Weiße Woche leistet allerhand!

Am Mittwoch
sagt, wer gern beim Einkauf spart;
Zu Behle's Weißer Woche lohnt die Fahrt!

Am Donnerstag
heißt's bei der Käuferschar:
Behle's Weiße Woche wunderbar!

Am Freitag
eilt man, weil das Ende winkt,
Zu Behle's Weißer Woche unbedingt!!

Am Samstag
hört zum Schluß nochmal darauf
In Behle's Weißer Woche lohnt der Kauf!